

# FRANKREICH MAI '68

## DIE VERPASSTE REVOLUTION

Dieser Monat verzeichnet den siebten Jahrestag der größten Streikbewegung der Geschichte. Die sozialistische Revolution begann wieder in Frankreich und noch damit den roten Faden auf, der durch die Geschichte dieser Nation läuft. Die ungeheure Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter hielt die Welt in Atem.

Am 13. Mai demonstrierten 1 Million Arbeiter während eines offiziellen 24-stündigen Streiks in den Straßen von Paris. Bis zu folgenden Dienstag befanden sich 10 Millionen Arbeiter im Streik (von einer Gesamtzahl von 15 Millionen, von denen nur 2 1/4 Millionen organisiert gewesen waren).

Auto- und Flugzeugfabriken, Theater, Bahnhöfe, Banken, Bergwerke, Bahnhöfe, Schulen, Universitäten, Werften, Hotels, Kaufhäuser, Regierungsdienststellen, Atomkraftwerke, Schiffe und sogar die Pyrenäen Berge waren übernommen und besetzt.

Arbeiter, Bauern- und Studentenkomitees waren überall aus dem Boden geschossen. Alle Rundfunk- und Fernsehstationen waren unter Kontrolle der Arbeiter bei Radio und Fernsehen. Die Armee, Marine und die Polizei wurden als "unzuverlässig" bezeichnet. Die Machtorgane des Kapitals waren total lahmgelegt und das "Staatsüberhaupt" ließ sich nirgendwo blicken!

Wie im Jahre 1936 - während der ungeheuren Welle von Sitzeinstreiks, als Motoren bei Arbeiterdemonstrationen mitverschrieben und die Internationale sangen - hätte die Arbeiterklasse in dieser Situation zur friedlichen Machtergreifung schreiten können.

Aber ... was geschah tatsächlich? Welche Lehren wurden gezogen werden? Die Schnelligkeit und Stärke der Explosion im Mai '68, die in jeden Winkel der französischen Gesellschaft einströmte, läßt sich nur erklären aus den sozialen Spannungen und Widersprüchen, die sich während der 10-jährigen bonapartistischen Herrschaft de Gaulles angehäuft hatten. Die internationalen Kräfteverhältnisse hatten Frankreich gezwungen, seine Rolle als Weltbankier aufzugeben und eine eigene Industrie aufzubauen.

Seit seiner revolutionären Geburt im Jahre 1789 hatte der französische Kapitalismus das Ansehen einer zu starken Arbeiterklasse und die damit einhergehende Veränderung seiner konservativen Reserven in der ländlichen Mittelschicht gefürchtet.

Aber welchen Nutzen hatte diese Industrialisierung seit 1945 für die Arbeiterklasse? Innerhalb von 10 Jahren hatte sich die Anzahl der Leute mit Autos, Fernsehapparaten, Kühlschränken und einem Haus auf dem Land rapide erhöht, jedoch, wie die englische Sonntagszeitung "Observer" mitten in Generalstreik berichtete, "verschleiert das glänzende, verchromte Modell-Frankreich von 1968 ein großes Ausmaß an virklichem Elend ... 5-6 Mio. Franzosen leben nahe des Existenzminimums. Ein Viertel der Arbeiterklasse verdient weniger als 150 Francs die Woche. Arbeitslosigkeit - von der wahrscheinlich mehr als 500 000 betroffen sind - und Kurzarbeit sind neue, fröhliche und erschreckende Erscheinungen in einem Land, das 30 Jahre lang nur Vollbeschäftigung gekannt hat."

Die Jugend wurde am härtesten getroffen. Schulabgänger nahmen 20% der erfaßten Arbeitslosen ein. "Ein Drittel der 9 Mio. Menschen in Roum Paris leben nach offizieller Definition in unzureichenden Wohnverhältnissen ... in fast der Hälfte der Wohnungen in der Hauptstadt gibt es keine Toilette..." "Die ganz Armen - algerische und spanische Einwanderer, Londoner, die vom Land in die städtischen Ghettos ziehen, die Alten - haben keine politische Stimme."

Ausgesaugt durch eine Inflation von 45% innerhalb von 10 Jahren, mit der zutrefflichen Last der Mehrwertsteuer, Angriffen auf die Sozialleistungen und Versuchen, die Löhne niedrig zu halten, konnten die Arbeiter nur durch schwere Überstunden-schinderei über die Runden kommen. Die Arbeitsbedingungen in vielen französischen Betrieben - insbesondere den riesigen Autofabriken - waren mittel-gleich. Citroen hatte den Ruf, ein Zuchtthun zu betreiben, keine Fabrik. Ein Drittel seiner Arbeiter waren Einwanderer, zusammengepackt in gesellschaftsfernen Unterkünften. Bei der Arbeit wurden Männer unterschiedlicher Nationalität absichtlich nebeneinander placiert, um Gespräche unmöglich zu machen.

Wie Ford in Amerika vor dem Krieg Überwachte Citroen die Fließbänder mit Hilfe von Bonden bewaffneter Schläger, die im Lauf ihres Dienstes buchstäblich Arbeiter töteten und verstümmelten. Soweit sie in den Gewerkschaften organisiert waren, "waren immer mehr Arbeiter, insbesondere diejenigen unter 30 Jahren, die im Mai die treibende Kraft der Arbeit-

terklasse bildeten, äußerst unzufrieden mit dem, was die Gewerkschaften für sie getan hatten." (Mc Conville und Seale in: Die Französische Revolution 1968)

Die Arbeiter hatten schon am 1. Mai unter der Parole "10 Jahre sind genug" demonstriert. Dies geschah in Anlehnung an den zehnten Jahrestag der Machteroberung de Gaulles. Vor dieser Kollise der Unzufriedenheit inszenierten französische Studenten einen Tag später Demonstrationen für die Aufhebung der Trennung nach Geschlechtern in Studentenvohnheimen. Diese Demonstrationen wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt zerschlagen. Am 3. Mai wurden die Universitäten geschlossen. Als Reaktion darauf gingen Tausende von Studenten auf die Straße und die ersten Straßenschlachten fanden statt. Die Frage der Studentenvohnheime zeigte nur einen kleinen Teil der Unzufriedenheit. Die Parolen wurden schnell allgemeiner und politischer.

Die Studenten hatten ihre eigenen aktuellen Mißstände, die aus der Krise im Bildungswesen erwachsen: Studenten aus der Arbeiterklasse bildeten nur 10% der Gesamtstudentenschaft; Stipendien existierten fast nicht; die Durchfallquote betrug 20%; 50% der Studenten wurden vor Beendigung ihres Studiums hinausgedrängt; weiterverbreitete Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen; chronische Überfüllung und erbärmliche Verhältnisse in Vorlesungsräumen und Studentenvohnheimen; eine strenge und veraltete erzieherische und soziale Herrschaft.

Die Studentenkümpfe legten nur den Funken an den Zunder. Ihre Proteste fanden ein unmittelbares Echo in den Reihen der Arbeiterklasse als auch der Mittelschicht. Als die Universitäten geschlossen wurden und Polizei eingesetzt wurde, um friedliche Studentendemonstrationen zu zerschlagen, wendete sich das Blut. Die Illusion einer Entwicklung Frankreichs in Ruhe und Überfluß und einer passiven Arbeiterklasse war zunichte gemacht.

Von den ersten Tagen der Barrikaden- und Straßenkämpfe an, genossen die Studenten die Unterstützung von mehr als 80% der Pariser Bevölkerung. Als eine Demonstration am 6. Mai von Spezialeinheiten der Polizei, den CRS (Compagnies Républicaines de Sécurité; Republikanische Sicherheitstruppen), hinterhältig angegriffen wurde und zum ersten Mal seit 1944 Barrikaden gebaut wurden, öffneten die Pariser Bevölkerung ihre Türen und schützte die Flüchtenden vor den CRS-Knüppeln und den Gewehrkolben der Polizei.



Sie gossen Wasser aus den Fenstern, um die schlimmsten Auswirkungen von Tränengas und anderen Gasen, die gegen die Demonstranten eingesetzt wurden, zu lindern. Sogar große Teile der "freiberuflichen" Mittelschicht und eine Anzahl gouvillistischer Abgeordneter unterstützten die Forderungen nach Reform und protestierten gegen die übertriebene Reaktion der Regierung.

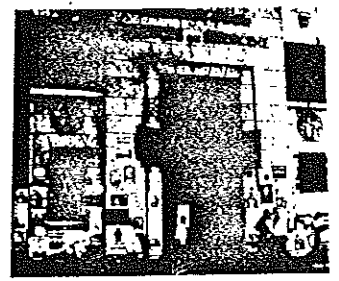
Die Brutalität der CRS erregte den Zorn und die Empörung der Arbeiterklasse, insbesondere nachdem die Arbeiter bei ORTF (Office de la Radiodiffusion et Télévision Française; Französische Radio- und Fernsehanstalt) darauf bestanden hatten, daß ein Film darüber im Fernsehen gezeigt wurde. Insbesondere junge Arbeiter, die darauf brannten, um ihre eigenen Forderungen mit der Regierung zu kämpfen, identifizierten sich mit den Studenten und schafften Mut aus der Tatsache, daß deren Aktionen anscheinend Risse in gouvillistischen Koloss erzeugten.

Am Ende der ersten Maiwoche wurden die Universitäten besetzt und Dozenten streikten gegen die Studentenverhaftungen und für grundlegende Reformen im Bildungswesen. Weiterführende Schulen wurden geschlossen, als Lehrer und Schüler in der Streik trotzen und sich zu Tausenden den Demonstrationen anschlossen. 13-jährige Schüler wurden von weniger wohlwollenden Lehrern in ihren Klassenräumen eingeschlossen, um sie von den Demonstrationen fernzuhalten.

Aber besonders bedeutungsvoll ist, daß junge Arbeiter sich den Protesten der Studenten anschlossen und selbst in der Streik trotzen - bei Sud Aviation (franz. Flugzeugfabrik) gegen Entlassungen; bei der Post für höhere Löhne.

### COLLE DER STUDENTEN

Die kommunistische Führung des größten Gewerkschaftsbundes Frankreichs - CGT (Confédération Générale des Travailleurs Gewerkschaftsbund der Arbeiter) - hatte anfänglich die Bewegung in den Universitäten verdonert. Die Zeitung der KPF, "L'Humanité", denunzierte die Studentenfürher als "Abenteurer", "falsche Revolutionäre" und sogar als "Werkzeuge der Bourgeoisie". Anarchisten (insbesondere Daniel Cohn-Bendit) und selbsternannte Trotzkiisten (insbesondere die JCR\*)



waren im Treibhaus von Universität erblüht, unzufrieden mit der "etablierten Ordnung", in die die Kommunistische Partei einschloß.

Doch unter dem Druck der Ereignisse waren die Studenten gezwungen, sich (verspätet) an die Fabriken um Unterstützung zu wenden, und die CGT-Führer waren aus Furcht, von links überholt zu werden, gezwungen, ihren Kurs zu ändern und zu offiziellen Demonstrationen aufzurufen, als ein Versuch, die Kontrolle über die Bewegung wiederzugewinnen.

Gestein mit den ehemals katholischen Gewerkschaftsbund, der CFDT (Confédération Française Démocratique du Travail; Französischer demokratischer Gewerkschaftsbund der Arbeit), den linken Parteien und der Lehrergewerkschaft ziefen sie für Montag, 13. Mai einen 24-stündigen Generalstreik aus. Dieser begrenzte Generalstreik war als Druckmittel gegen die Regierung gedacht, gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in den Tiefen der Arbeiterklasse angesammelten Dampf abzulassen. Es gelang aber nicht, die Bewegung dadurch zu dämpfen. Im Gegenteil: Die massiven Arbeitsniederlegungen - 50 000 in Marseille, 40 000 in Toulouse, 1 Mio. in Paris - erzwungen nur die Arbeiter. Am nächsten Tag kehrten die Arbeiter der Sud Aviation nur zu ihrer Fabrik in Nantes zurück, um sie zu übernehmen, die Direktor einzusperren und on alle Arbeiter zu appellieren, sie zu unterstützen und ihrem Beispiel zu folgen.

Ohne offizielle Unterstützung verbreiteten sich die Besetzungen wie ein Lauffeuer und gipfelten in totaler Lahmlegung der Wirtschaft am Ende der dritten Woche. Gegen die Wünsche der Führer der KPF (der Massenpartei der franz. Arbeiterklasse) wurden an verschiedenen Orten Aktionskomitees eingerichtet, die die Besetzungskomitees an den Arbeitsplätzen ergänzten: Arbeiterkomitees in den Fabriken; Komitees von Ärzten, Krankenschwestern und Patienten in den Krankenhäusern; von Bauern auf den Höfen und in Legerhöfen; von Studenten in den Schulen und Hochschulen. Ein Studenten-, Arbeiter- und Bauernrat regierte buchstäblich den ganzen Bezirk Loire-Atlantique um die Stadt Nantes. Er kontrollierte den Verkehr und die Versorgung, sowie den Lebensmittelhandel. Londoner Arbeitergewerkschaften erklärten sich bereit, die Streikenden zu ernähren; Arbeiter und Studenten halfen bei der Nahrungsmittelproduktion. Die Preise wurden drastisch gesenkt.

\*JCR - Jeunesse Communiste Révolutionnaire; Revolutionärer kommunistischer Studentenverband

Lehrer richteten Kinderkrippen für die Kinder Streikender ein. Die Britlichen Polizei- und Regierungsbeamten mußten weichen und Zeugen der Entwicklung einer potentiell viel demokratischeren und effektiveren Art, Dinge zu regeln, werden als sie es bisher gewohnt waren.

1936 hatten in Nantes 50 000 Bauern gegen die damalige Volksfrontregierung demonstriert. 1968 stand die Überwältigende Mehrheit der Bauern hinter den streikenden Arbeitern. Ein weiterer kennzeichnender Unterschied zwischen der "Moierevolution" und den Streiks von 1936 bestand in den reinen Beteiligungszahlen: 4 Mio. 1936, 10 Mio. 1968.

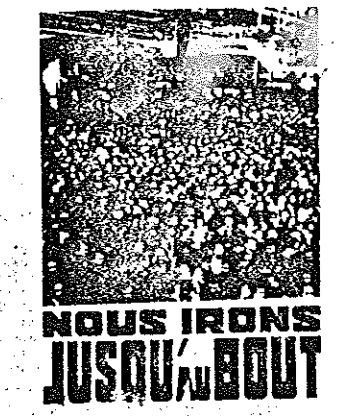
Doch sowohl im Jahre 1936 als auch 1968 war die Bewegung revolutionär. Mehr noch als die roten Fahnen, die von jedem irdischen Gebilde wehten, oder die Klänge der Internationale, die überall zu hören waren, bezeugte dies das Übergreifen der Bewegung auf immer weitere Schichten der Arbeiterklasse. Die Bewegung ging von den Metallarbeitern aus und erfaßte schnell sogar die bisher rückständigen Schichten.

Bis zum 22. Mai hatten sich sogar Toten- grüber und Meteorologen der Bewegung angeschlossen. Künstler arbeiteten rund um die Uhr, um Plakate herzustellen und die Rolle der Kunst in der Gesellschaft zu analysieren; die juristische Fakultät "lehnte die Gesellschaft ab"; die Polizei- gewerkschaft berichtete von einer "gefährlichen Situation", weil einige ihrer Mitglieder mit den Forderungen der Arbeiter sympathisierten und selbst mit Streikaktionen drohten; Bauernorganisationen riefen zu einer Demonstration am 24. Mai auf; Filmschauspieler traten in der Streik und benutzten das Film-Festival in Cannes; Schriftsteller und Architekten entwarfen Pläne für die neue Gesellschaft; Fußballer besetzten die Stadien und Richter organisierten sich gewerkschaftlich.

### COLLE DER KP

In de Gaulles Abwesenheit hatte Pompidou verzweifelt versucht, den Studenten Zugeständnisse zu machen und hatte einen Volksentscheid über Mitbestimmung angekündigt.

Reaktionäre Komitees zur Verteidigung der Republik wurden gegründet, aber eine von faschistischen der Organisation "Occident" organisierte Demonstration konnte nicht mehr als 2000 Menschen in ganz Frankreich auf die Beine bringen. Die kleine PSU (Parti Socialiste Unifié; Vereinigte Sozialistische Partei) sprach nun von "Arbeiterrecht" die CGT von "Demokratie", doch die KPF bestand darauf



daß der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei - die "unmittelbaren Forderungen" der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit.

Khlich wie die blinden Hoffnungen der SPD und Gewerkschaften vor 1933, als die herrschende Klasse von Bürgerkrieg und Umsturz der Verfassung sprach, leugneten die KP-Führer Frankreichs den politischen Charakter des Streiks.

In der ersten Flut der Moierevolution veröffentlichte die Kommunistische Partei ein vollständiges Programm, das sich für die Verstaatlichung der Banken und Monopole unter demokratischer Arbeiterkontrolle aussprach - in einer Situation, in der "die Machtfrage schärfer denn je gestellt wird" (L'Humanité, Tageszeitung der franz. KP, Sonderausgabe). Doch dieses Programm wurde schnell fallengelassen, und in den nächsten Wochen war die KP-Führung besaßt, die Bewegung in "sichere parlamentarische Bahnen" zurückzulenken.

Auf der Höhe der revolutionären Streikbewegung bekundeten die CGT- und CFTD-Führer ihren Wunsch, mit der Regierung zu verhandeln - mit einer Regierung, die nicht existierte, die keine Macht in der Gesellschaft besaß, die beinahe die Flucht ergriffen hatte!

Die Macht lag innerhalb der Reichweite der Arbeiterklasse. Es bedurfte nur einer Verbindung der Komités auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, um die Struktur einer Arbeiterregierung sicherzustellen. Eine solche Arbeiterregierung hätte von Anfang an eine demokratisch gewählte Volksvertretung, die im Gegensatz zur herkömmlichen bürgerlichen Demokratie unmittelbar auf der Basis gewählt und jederzeit von der Basis abwählbar wäre.

Die Komités, die ursprünglich Mittel zur Erlangung der politischen Macht waren, würden dann zu staatlichen Organen der Kontrolle und Verwaltung durch die Massen werden.

Eine solche Arbeiterregierung hätte den denkbar günstigsten Ausgangspunkt für die Errichtung des Sozialismus gebot. Die Staatsmaschinerie der bürgerlichen Republik befand sich in Auflösung. Die politischen Vertreter der herrschenden Klasse waren zutiefst gespalten. Die Symphonie aller Wertigkeiten wurde schon millionenfach bekundet. Fast ohne Widerstand hätte die Regierung in den ersten Stunden ihrer Amtszeit alle Großkonzerne in Staatsgüter überführen und Sicherheitsorgane aus den Reihen der organisierten Arbeiterklasse zum Schutz dieser Maßnahmen bilden können. Dieses war immer das Programm des Sozialismus im Sinne von Marx und Engels.

Auf der Grundlage dieser Verstaatlichung der Schlüsselindustrien hätte die Industrie wieder in Gang gesetzt werden können, nun befreit von den Fesseln der Profitgier und auf die Bedürfnisse der Masse der Arbeiter abgestimmt; Bedürfnisse, die in den Komités Ausdruck finden, die wiederum mit denen der Hausfrauen, Studenten, Bauern, Soldaten und kleinen Geschäftsleute in Einklang gebracht und auf der Grundlage eines gründlich durchdachten und demokratisch durchgeführten Produktionsplans aller Wirtschaftszweige verwirklicht werden.



Die Unfähigkeit der Arbeitermassenpartei in Frankreich, sich auf diese Perspektive zu stützen, führte zu ernstem Unbehagen in ihren Organisationen. André Barjonet, einer ihrer Führer in der CGT, trat sogar öffentlich auf und schloß sich der "linkeren" PSU an. "In jeder Zelle und jeder Fabrik fragten die Männer, ob nicht die Partei eine einmalige Chance verpaßt" (Mc Conville und Seele).

Trotz der Spaltungsversuche der KP-Führung schlossen sich die Arbeiter den Studenten auf den Barrikaden an, als die Kämpfe zunehmend verblissen und heftig wurden. Am 24. Mai schließlich gab de Gaulle eine öffentliche Erklärung ab, die nur wenige Minuten dauerte. In der seine Zukunft von einem Volksentscheid abhängig machte - eine Zukunft, die, wie er am nächsten Tag gegenüber dem amerikanischen Botschafter erwähnte, "nicht von uns, sondern von Gott abhängt".

Sogar der herrschenden Klasse vor klar, daß der Volksentscheid ein Blindgänger sei, und er wurde für "nicht verfassungsgemäß" erklärt. Er hätte sowieso nicht durchgeführt werden können, weil die belgischen Drucker sich weigerten, als Streikbrecher zu fungieren, indem sie die Formulare druckten!

Es schien, als ob de Gaulle am Ende sei.

Sogar Regierungsbeamte diskutierten allen Ernstes, wie die Macht Übergaben werden sollte. Trotzdem erschien am 27. Mai Seguy, Generalsekretär der CGT, nach dreitägigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Regierung in der Rue de Grenelle, unverzohlen erfreut mit einer Vereinbarung, die er den Arbeitern verkaufen wollte. Er kündigte seine Rede mit der wiederholten Parole aus dreißigttausend Kehlen: "Gouvernement populaire" (Volksregierung).

Die Arbeiter warteten ab, welches der nächste Schritt sein würde. Viele Arbeiter nahmen an der 40 000 Teilnehmer starken Chorléty-Kundgebung teil, die von der JCR unter revolutionären Parolen für den gleichen Abend organisiert worden war. Pierre Mendès-France hatte eher ein Gespräch für die revolutionäre Stimmung der Massen, sprach im Rundfunk und bot plötzlich seine Dienste als Staatsoberhaupt der Republik an.

Mitterrand forderte ebenso plötzlich Parlamentswahlen und die CGT forderte eine Intensivierung des Streiks. Die CGT plante eine Demonstration für den 29. Mai. 500 000 gingen auf die Straße unter der Parole der "Volksfront demokratischer Einheit" und forderten eine "Volksregierung".

Der Generalsekretär der franz. KP, Maurice Thorez, hatte die Entschlossenheit der KP verkündet, an der Regierung teilzunehmen. Doch indem er die Worte von Maurice Thorez, dem damaligen Generalsekretär von 1936 wiederholte, als dieser die besetzten Fabriken unter der Parole der "republikanischen Legitimität" räumen ließ, beharrte der KP-Führer: "Wir müssen es verstehen, einen Streik zu beenden."

Und dies entsprach nicht zu einer Zeit, als die Verkörperung des "starken Staates", de Gaulle, seine Koffer packte und erwiderte: "Das Spiel ist aus!" Er gab seinem Stellvertreter den Schlüssel zum Safe, in dem er sein politisches Testament aufbewahrte und floh aus Paris. Radioreporter gaben bekannt, daß de Gaulle "verhaftet" werde.



Am folgenden Tag - dem 30. Mai - kehrte ein von wunderbarer Weise verwandelter de Gaulle nach Paris zurück. Eine schnelle und genuestens organisierte Reise nach Baden-Baden zu General Massu hatte ihn der Unterstützung der 70 000 Mann zählenden französischen Truppen in Deutschland versichert (wahrscheinlich auf der Basis eines "gentleman's agreement", das eine Amnestie für die noch in Haft befindlichen ultrarechten OAS-Führer einschloß. Diese rechtsextremen Terroristen waren für Bombenanschläge und Attentate auch gegen die 5. Republik verantwortlich, in ihrem Versuch, ihre Herrschaft über Algerien aufrechtzuerhalten.)

Der Staatssekretär für die Armee, Messmer, hatte zuvor de Gaulle gevort, daß es "unklug" sein würde, die normalen Truppen auf Zivilisten schießen zu lassen.

Bei seiner Rückkehr verkündete de Gaulle sofort die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen. Er ließ eine "Rote" - die Bedrohung durch eine totalitäre Diktatur etc.

Erst jetzt, nach mehr als 2 Wochen Generalstreik und vollständiger Lähmung der Wirtschaft, wo die Straßen von Paris mit Unrat verstopft waren und wo keine der Arbeiterorganisationen sich als fähig erwies, der Krise auf sozialistischem Wege ein Ende zu machen, schloß die Bourgeoisie und die Mittelschicht Mut zu einem Gegenangriff.

Panzer und Truppen formierten sich schon um Paris, und eine Demonstration des rechten Flügels zog eine Million Demonstranten an - ehemalige Angehörige der Fallschirmtruppen, Goullisten, Kriegsveteranen aus dem ganzen Land -, die Parolen riefen wie "de Gaulle steht nicht allein", "der Kommunismus soll nicht durchkommen", "Cohn-Bendit nach Dochow" und "erschießt Mitterrand".

Verhandlungen auf der Linie der Grenelle-Verbindungen begannen überall. Geheime Abstimmungen und eine allseitige Rückkehr auf die Arbeit, unterstützt durch die Kommunistische Partei, waren an der Tagesordnung. In den folgenden Tagen kam es zu Unruhen und sogar zu Todesopfern, als Polizisten eindringen, um Fabriken zu räumen, in denen Arbeiter noch ausblieben. Gegen brutale Räumungsversuche flammte hier und da der Kampf wieder auf, beispielsweise bei Renault-Films, Entlassungen von sogenannten "Rädelführern" und Hexenjagden wurden durchgeführt.

Einige der linken Gruppierungen wurden verboten und ihre Führer verhaftet. Alle Demonstrationen wurden ebenfalls verboten.

## REVOLUTION WAR MÖGLICH

Wie konnte diese völlige Umkehrung der Kräfteverhältnisse zustandekommen? Wie schon von Marx, Engels, Lenin und Trotzki erklärt wurde, bleiben die Mosaiksteinchen in Gleichgewicht, wenn es um die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse geht, nur für kurze Zeit, manchmal für Monate, manchmal für Wochen, manchmal für einen Tag. Wenn die konsequente Führung an der Spitze einer Massenpartei der Arbeiter fehlt, kann die günstige Gelegenheit für eine ganze Periode verpaßt werden, und die Reaktion kann die Oberhand gewinnen.

Sogar die bürgerliche Presse betonte, daß alle anderen Bedingungen für eine erfolgreiche Revolution in jenen wenigen Monaten 1968 gegeben waren. Die Theoretiker der sozialistischen Bewegung hatten vier Voraussetzungen für die Erreichung des Sozialismus erkannt:

- 1.: die herrschende Klasse muß in sich gespalten sein;
- 2.: die Mittelschicht muß zwischen den Klassen schwanken;
- 3.: die Arbeiter müssen bereit sein, auf die Straße zu gehen;
- 4.: es muß eine konsequente sozialistische Partei geben.

Erstens befand sich die herrschende Klasse in einer Krise. Ihr Stolz hing in der Luft und war in Panik geraten. De Gaulle war aus dem Land geflohen.

Zweitens befand sich die Mittelschicht in Aufruhr. Sie suchte nach einem Ausweg und verbündete sich mit der Arbeiterklasse.

Die dritte Bedingung, die Bereitschaft der Arbeiter, bis zum Endziel zu kämpfen, stand völlig außer Zweifel. Die große Bewegung für eine Veränderung der Gesellschaft war von unten aufgebrochen. Die Kapitalisten der Welt waren zutiefst erschüttert. Aber die französischen Arbeiter orientierten sich noch an den Führern der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften. Und diese weigerten sich, der Bewegung eine konsequente Führung in Richtung Sozialismus zu bieten. Die CGT hatte noch nicht einmal ihre Bereitschaft erklärt, die Massenstreiks und Besetzungen zu unterstützen.

Die alten Argumente, daß die "Situation nicht revolutionär sei" und daß die Armee zu stark sei, wurden vorgebracht, um den Verrat der Kommunistischen Partei zu verdecken. Sie sind einfach nicht stichhaltig. Auf der Höhe der Bewegung hätten die Soldaten nicht auf die Studenten und Arbeiter geschossen. "Ich meine, ihre Methoden sind vielleicht etwas hart," sagte ein Soldat. "Aber ich bin selbst Sohn eines Arbeiters."

120 000 von 168 000 Soldaten waren wehrpflichtige. Eine konsequente sozialistische Führung hätte jeden "stählernen Ring" wie in Rußland durchschneiden können, auf der Grundlage eines Aufrufs an die Truppen.

Aber, jene vierte Bedingung, die konsequente sozialistische Führung, fehlte. Die Kommunistische Partei begrüßte die Einberufung von Wahlen zur Nationalversammlung - eine Nichtigkeit zu der Zeit - als "eine Gelegenheit für das Volk, seine Meinung zu äußern." Diese Zusätze zu Wahlen zum bürgerlichen Parlament während des Generalstreiks ein konterrevolutionärer Akt.

Auf der anderen Seite, sobald die Bewegung nachgelassen hatte und keine Massenalternative zur Wohlruhe existierte, verlor die Wohlbock, wie er von der JCR und den verschiedenen marxistischen Sekten befürwortet wurde, ebenfalls bedeutungslos.

\* OAS - Organisation d'Armée Secrète; Organisation der Geheimen Armee

Eine echte Kampagne für eine sozialistische kommunistische Regierung, verpflichtet auf ein Programm der Verstaatlichung der Monopole unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung hätte geführt werden müssen. Als der KP die Uble Propaganda über Anarchie und Zersetzung entgegengebracht wurde, hätte sie energisch eine planwirtschaftliche Ordnung der ungeplonten und unplanbaren des Kapitalismus entgegengesetzt müssen. Stattdessen weitete sie mit den kommunistischen Parteien um "Solonfähigkeit". Für Teile der Mittelschicht sowie einer enttäuschten Arbeiterklasse schien die traditionellen Vertreter von Recht und Ordnung unterstützungswürdiger zu sein.

## WAS DIE WAHLEN BEWIESEN

Die Wahl machte bei einer hohen Beteiligung von 80% eine beträchtliche Polarisierung deutlich. Die Goullisten gewannen 1 Mio. Stimmen und die KP und die Sozialdemokratische Linke verloren jeweils etwa 600 000. Die Zentralsdemokraten verloren ebenfalls 600 000 Stimmen. Aber die PSU, die links der KP steht und in den Meistereignissen eine wesentlich höhere Politik vertritt, verdoppelte ihre Stimmzahl von ca.

400 000 auf ca. 1 Mio. Aus ähnlichen Gründen erbt die CFTD ihre Mitgliederzahlen weit schneller als die CGT während und nach der Streikbewegung. Beträchtliche Teile der jungen Käufer organisierten sich in der KP, trotz ihrer Verirrtheit, weil sie damals die einzige organisierte Partei der Klasse war.

Die Meistereignisse des Jahres 1968 endeten für die französische Arbeiterklasse sowohl in einem Sieg als auch in einer Niederlage. Die massiven Lohnerhöhungen sollten innerhalb eines Jahres von der Inflation aufgeessen werden. Wenn überhaupt, so waren es nur wenige Garantien, die bezüglich Arbeitszeit, Sicherheit der Arbeitsplätze, Sozialleistungen und anderen Vergünstigungen sichergestellt wurden. Was die politische Macht betraf, hatte die Arbeiterklasse eine wesentliche Niederlage erlitten und dem Goullismus vor die politische und ökonomische Hinsicht eine Galgenfrist gewährt werden. Aber paradoxerweise gingen die Arbeiterorganisationen, die für diese Niederlage verantwortlich waren, gestärkt aus ihr hervor.

Eine neue Welle der Radikalisierung beginnt in Frankreich. Während der laufenden und der kommenden Kämpfe werden die Kräfte, die die im Jahr 1968 begonnene Revolution durchführen werden, die Politik der Führung der Kommunistischen und Sozialistischen Parteien in Frage stellen. Die Sozialistische Partei hat sich seit 1972 von ihrer geschichtlichen Niederlage der 30er Jahre fast vollständig erholt und stellt jetzt eine mit der KP vergleichbare wenn nicht sogar stärkere Arbeiterpartei dar. Die gegenwärtige Führung der PS steht - in Worten - "links" von der KP. Die PS-Führer sind jedoch die gleichen, die im Mai '68 für eine parlamentarische "Lösung" plädierten. Im Gegensatz zur KP aber ist die PS eine durchweg demokratische Arbeiterpartei. Es wird Aufgabe der französischen Marxisten sein, in Rahmen der PS ein konsequent sozialistisches Programm zu entwickeln und dadurch die besten Käufer der KP anzuziehen.

Die Erfahrung der Mairevolution liegt nicht tief verschüttet. In den kommenden Ereignissen werden Hunderttausende von Arbeitern erkennen, daß die einzige Lösung ihrer Probleme in einer demokratischen sozialistischen Frankreich in einem demokratischen sozialistischen Europa zu finden ist.

Die großen Kämpfe des Mai '68 waren nicht vergeblich. Die Vorkämpfer das französischen Sozialismus werden anhand des Studiums dieser Erfahrung geschult werden, wie die Vorkämpfer des russischen Bolschewismus anhand des Studiums der niedergeschlagenen Revolution von 1905 geschult wurden. Dadurch bereitete Lenin den Sieg von Oktober 1917 vor. In ähnlicher Weise müssen die Marxisten des französischen "Oktober" vorbereiten, auf der Grundlage einer gründlichen Analyse der sozialen und politischen Niederlage der hoffnungsvollsten revolutionären Bewegung in der Geschichte der Arbeiterklasse.

Solange die fortgeschrittenen Arbeiter nicht diese Lehren verinnerlicht haben, wird die Arbeiterklasse ernster und schlechterer Niederlagen erleiden. In den großen Stürzen, die Frankreich, Europa und der ganzen Welt bevorstehen.

# FRANKREICH VOR 10 JAHREN: CHANCE VERPASST

IN DIESEM MAI 1978 SIND ES GENAU 10 JAHRE HER SEIT DER GRÖSSTEN STREIKBEWEGUNG DER FRANZÖSISCHEN GESCHICHTE. DAMALS WAREN DIE "MAI-EREIGNISSE" SCHLAGZEILEN DER WELTPRESSE.

Auch in den letzten Monaten war Frankreich im Blickpunkt - wegen der Parlamentswahlen, die den Parteien der Linken einen Stimmenzuwachs brachten, jedoch eine absolute Mehrheit von Sozialistischer und Kommunistischer Partei verhinderten. In den kommenden Monaten werden in Frankreich wieder viele Streiks stattfinden. Angesichts dieser bevorstehenden Kämpfe ist es angebracht, einen Blick zurückzuwerfen auf den "Mai '68", und zu versuchen, Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen.

Damals hielt die ungeheure Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter die Welt in Atem. Auf dem Höhepunkt der Bewegung hielten 11 Millionen Arbeiter und Angestellte (bei einer Gesamtzahl von 15 Millionen, von denen nur 2,3 Millionen gewerkschaftlich organisiert waren) ihre Betriebe besetzt. Nicht nur fast alle Industriebetriebe, auch Theater, Bauernhöfe, Banken, Bahnhöfe, Schulen, Universitäten, Hotels, Kaufhäuser, Regierungsdienststellen und Schiffe waren weitgehend lahmgelegt oder übernommen worden. Arbeiter-, Bauern- und Studentenkomitees waren überall wie Pilze aus dem Boden geschossen. Fernseh- und Rundfunksender besaßen sich unter Kontrolle der dort Beschäftigten. Armee, Marine und Polizei waren angesteckt und wurden als total "unzuverlässig" bezeichnet. Die staatlichen Machtorgane des Kapitals waren lahmgelegt, das Staatsoberhaupt de Gaulle war unauffindbar verschwunden. Wie schon im Jahre 1936 - während der riesigen Welle von Sitzstreiks, als Matrosen und Soldaten bei Arbeiterdemonstrationen mitmarschierten und die Internationale sangen - hätte die Arbeiterklasse in dieser Situation auf vollkommen friedliche Weise die Macht erobern können. Aber... was geschah tatsächlich? Weshalb war das Regime wenige Wochen später wieder fest im Sattel?

## Anfang der Kämpfe

Seit dem Kriegsende 1945 hatte Frankreich eine riesige Industrialisierungswelle erlebt. Innerhalb von 10 Jahren hatte sich die Anzahl der Leute mit Autos, Fernsehern, Kühlschränken und einem Haus auf dem Lande rapide erhöht, jedoch verschleierte das glänzende, verchromte Modell-Frankreich von 1968 ein großes Ausmaß wirklichen Elends... 5-6 Millionen Franzosen leben nahe des Existenzminimums. Ein Viertel der Arbeiter verdienen weniger als 150 Francs pro Woche. Arbeitslosigkeit - von der wahrscheinlich mehr als 500.000 betroffen sind - und Kurzarbeit sind neue, fremde Erscheinungen in einem Land, das 30 Jahre lang nur Vollbeschäftigung gekannt hatte, berichtete mitten im Generalstreik die englische Zeitung "The Observer".



Am 1. Mai demonstrierten Hunderttausende unter der Parole "10 Jahre sind genug" unter Anspielung auf den 10. Jahrestag der Machtübernahme de Gaulles. Vor dieser Kulisse der allgemeinen Unzufriedenheit veranstalteten die Studenten am folgenden Tag Demonstrationen für die Aufhebung der Geschlechtertrennung in Wohnheimen u. s. Diese Demonstrationen wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt zerschlagen. Am 3. Mai wurden die Universitäten geschlossen. Als Reaktion darauf gingen die Studenten in den folgenden Tagen zu Tausenden auf die Straßen. Die ersten Straßenschlachten fanden statt. Die Parolen wurden schnell allgemeiner und politischer.

## Arbeiter und Studenten

Die Studentenkämpfe legten nur den Funken an den Zunder. Ihre Proteste fanden sofort ein unmittelbares Echo bei der Arbeiterklasse. Von den ersten Tagen der Barrikaden- und Straßenkämpfe an genossen die Studenten die Unterstützung von mehr als 80 Prozent der Pariser Bevölkerung. Am 6. Mai eine friedliche Demonstration von den CRS-Spezialeinheiten der Polizei hinterhältig angegriffen wurde, öffnete die Bevölkerung von Paris die Haustüren, um die Flüchtenden vor CRS-Gewehrkolben und Polizei-Gummiknüppeln in Schutz zu nehmen. Um die Wirkungen des massiv eingesetzten Tränengases zu lindern, wurde eimerweise Wasser aus den Fenstern auf die Straßen gegossen.

Die Brutalität der CRS erregte die Empörung der Arbeiter, insbesondere nachdem die Belegschaft der ORTF (Radio und Fernsehanstalt) darauf bestanden hatte, daß darüber ein Film im Fernsehen gezeigt wurde. Besonders jüngere Arbeiter erblickten in den Studentenkämpfen eine Alternative und schöpften Mut aus der Tatsache, daß diese offensichtlich Risse in der gaullistischen Eintönigkeit zeigten. Bald traten sie selbst in den Streik - bei Sud Aviation (Flugzeugfabrik) gegen Entlassungen, bei der Post für höhere Löhne. Der Druck auf die Massenorganisationen der Arbeiterklasse wuchs. So riefen schließlich die Führungen von CFDT (ehemaliger katholischer Gewerkschaftsbund) und CGT (größter Gewerkschaftsbund, mit Kommunistischer Mehrheit) für Montag, den 13. Mai einen 24stündigen Generalstreik aus. Er war als Druckmittel gegen die Regierung gedacht, und gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in den Tiefen der Arbeiterklasse angestauten Druck, gefährlos abzulassen. Es gelang aber nicht, die Bewegung durch diese begrenzte Aktion zu dämpfen. Im Gegenteil: die massiven Arbeitsniederlegungen - 1 Million allein in Paris! - ermutigten die Arbeiter nur noch mehr.

Am nächsten Tag kehrten die Arbeiter von Sud Aviation nur in ihre Fabrik bei Nantes zurück, um sie zu übernehmen, den Direktor einzusperrten und an alle Arbeiter zu appellieren, sie zu unterstützen und ihrem Beispiel zu folgen!

## Besetzungen und Räte

In den folgenden Tagen verbreitete sich diese Welle von Besetzungen ohne jegliche Unterstützung durch die Gewerkschaften oder die Kommunistische Partei wie ein Lauffeuer und gipfelte in der totalen Lahmlegung der Wirtschaft am Ende der 3. Woche. Gegen den ausdrücklichen Willen der Führung der Kommunistischen Partei (damals einzige Massenpartei der Arbeiterklasse) wurden gleichzeitig auf allen Ebenen Aktionskomitees gebildet. Arbeiterkomitees in den Fabriken, Komitees von Ärzten, Krankenschwestern und

Patienten in Krankenhäusern, von Bauern in Lagerhäusern und auf den Höfen, von Studenten und Schülern auf Universitäten und Schulen.

## EIN ARBEITER-, STUDENTEN- UND BAUERNRAT REGIERTE BUCHSTÄBLICH GANZ LOIRE-ATLANTIQUE UM DIE STADT NANTES!

Er kontrollierte den Verkehr, die Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Gas und Lebensmitteln. Ländarbeitergewerkschaften erklärten sich bereit, die Streikenden zu ernähren. Arbeiter und Studenten halfen bei der Nahrungsmittelproduktion, die Preise wurden drastisch gesenkt.

Jeder Winkel der französischen Gesellschaft wurde von dem Aufbruch erreicht und angesteckt die juristische Fakultät "lehnte die Gesellschaft ab", sogar die Totengräber und Meteorologen streikten. Die Polizei-gewerkschaft sprach von einer "äußerst gefährlichen Situation", weil viele ihrer Mitglieder mit den Forderungen der Arbeiter sympathisierten und selbst mit Streikaktionen drohten. Fußballspieler besetzten Stadien, und Richter organisierten sich gewerkschaftlich

## Staat machtlos

### Der Staatsapparat hing in der Luft und befand sich in Auflösung. Regierungsbeamte diskutierten allen Ernstes, wie und in welcher Form sie die Macht übergeben sollten!

De Gaulle, die Verkörperung des "starken Staates", packte seine Koffer und teilte dem anwesenden US-Botschafter mit: "Das Spiel ist aus!" Er floh aus Paris und wurde von Radioreportern als "vermisst" gemeldet. Die Macht lag für die Arbeiterklasse in Reichweite. Was jetzt noch fehlte, war eine Verbindung der Komitees auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene und die Bildung einer von diesen Komitees getragenen Arbeiterregierung. Ein solches oberstes nationales Arbeiterkomitee wäre von Anfang an eine demokratische Volksvertretung gewesen. Man hätte durch demokratische Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionen und Bezahlung durchschnittlicher Facharbeiterlöhne an alle Funktionäre und Komiteemitglieder dieses Komitee einer absoluten Kontrolle durch die Basis unterwerfen können. Vereinigt durch eine entschlossene Führung hätte die Arbeiterklasse die gesamten gesellschaftlichen Reichtümer in Besitz nehmen können. Eine solche Regierung hätte schon in den ersten Stunden ihrer Amtszeit alle Großkonzerne und Banken in Staatseigentum überführen, Organe aus den Reihen der organisierten Arbeiter zum Schutz dieser Maßnahmen bilden und somit die Grundlage für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle schaffen können.

## Rolle der Arbeiterorganisationen

Die Masseninstinktiv vorwärtsdrängten, wurden sie zurückgezurrt - von ihren eigenen Führern! Der Führung der Kommunistischen Partei fiel in dieser vorrevolutionären Situation nichts besseres ein, als Neuwahlen zu fordern. Sie sprach sogar offen davon, daß es darauf ankam, "die Bewegung wieder zurück in sichere parlamentarische Bahnen zu lenken".

Auf dem Höhepunkt der revolutionären Streikbewegung bekundeten CGT- und CFDT-Führer ihren Wunsch, mit der Regierung zu verhandeln -- mit einer Regierung also, die praktisch nicht mehr bestand, keinerlei Macht mehr besaß und teilweise ins Ausland geflohen war. Die KP bestand darauf, daß der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei, auf die unmittelbaren Forderungen der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit. Am 27. Mai Seguy, der Generalsekretär der CGT in den Renault-Werken in Billancourt auftrat, um stolz zu verkünden, daß er in 3stägigen Verhandlungen Erhöhungen der Grundlöhne bis zu 80 Prozent und die besten Sozialleistungen seit Kriegsende für die Arbeiterklasse herausgeholt hätte, wurde er ausgepöffelt und seine Rede wiederholt von einer aus 30.000 Keihen gebürllten Parole unterbrochen: "Gouvernement populaire!" (Volksregierung).

Ein Renault-Arbeiter schilderte einige Jahre später seine Erfahrungen und Eindrücke: "Wir wollten alle verändern und wir hatten schon fast alles verändert. Wir erwarteten, daß sich unsere Führer an die Spitze stellten. Es war eine Revolution, ja eine Revolution, und wir dachten, die KPF würde sie anführen. Sie wollte jedoch gar keine Revolution. Als sie nur Neuwahlen forderte, wußten wir nicht, was wir tun sollten, es herrschte große Unsicherheit... Ein paar Wochen

später haben viele Streikende wieder de Gaulle gewählt, weil sie von den Linken die Schnauze voll hatten."

## Lehren

In diesen Worten kommt klar zum Ausdruck, woran es der französischen Arbeiterklasse in jenen Matwochen am meisten mangelte: an einer entschlossenen Führung, die den Weg zu Ende gegangen wäre, den die Massen spontan schon eingeschlagen hatten, anstatt alles abzubremsen. Die Mehrheit der Arbeiter erhoffte sich diese Führung von der KPF. Als diese entschlossene Führung jedoch ausblieb, wurden sie unsehr. Als sich die KPF ganz gegen ihre Aktionen stellte, resignierte sie schließlich. Wohl versuchten sie noch tauglich, sich der offiziellen KPF-Politik entgegenzustellen. Sie zogen instinktiv und spontan in die richtige Richtung, doch es ging über ihre Kräfte, sich mitten im Kampf aus dem Stegreif etwa eine neue Partei zu schaffen.

## Umschwung

Mehrere Wochen herrschte in Frankreich reich eine Situation der Doppelherrschaft - oder, wenn man so will, der Doppelmachtlosigkeit. Ohne eine organisierte Führung, die die Kämpfe koordiniert und ihnen Ziel und Richtung vorgegeben hätte, entglitt der Arbeiterklasse die Macht wieder, die schon zum Greifen nahe war. Wochenslang war die Reaktion wie gelähmt, die "Bollwerke der Ordnung" befanden sich in einem Zustand hochgradiger Zersetzung. Doch die langen Kämpfe erschöpften die Massen, die Haltung ihrer Führung entmutigte sie. Am 30. Mai kehrte de Gaulle nach Paris zurück, da er wieder "Morgenluft" witterte. Er war in Baden-Baden gewesen, um die Unterstützung durch General Massus zu gewährleisten, der an der Spitze der 70.000 Mann starken französischen Rheinarmee stand.



Sofort wurde die Auflösung des Parlaments verkündet und Neuwahlen ausgeschrieben. Eine oblie Hetzkampagne folgte, gegen die "Roten", "die Bedrohung durch eine totalitäre Diktatur" usw. usw. Erst jetzt, nach mehr als 2 Wochen Generalstreik (praktische ergebnislos), wo die Straßen von Paris mit Unrat verstopft waren, und nachdem sich keine der großen Arbeiterorganisationen als fähig erwiesen hatte, schöpfte die Kapitalistenklasse wieder genug Mut zum Gegenangriff. Panzer und Truppen formierten sich um Paris, eine reaktionäre Demonstration zog e. ne Million Teilnehmer an, auf der Parole gerufen wurden wie "Der Kommunismus kommt nicht durch", "Cohn-Bendit (ein Studentenfürher, d. Verl. nach Dachau)", "Erschießt Mitterrand". In den folgenden Tagen wurden die Arbeiter durch Truppen wieder aus den Fabriken getrieben, wobei sie vereinzelt aktiv Widerstand leisteten. Ein linke Gruppierungen wurden verboten, ihre Führer verhaftet und des Landes verwiesen. Demonstrationen durften bis auf weiteres nicht stattfinden.

Wie konnte diese völlige Umkehrung des Kräfteverhältnisses so plötzlich zustande kommen? Schon Marx und Engels hatten klärt, wie in revolutionären gesellschaftlichen Krisen sich die kämpfenden Klassen das Gleichgewicht halten können, jedoch für kurze Zeit, manchmal Monate, manchmal Wochen, manchmal nur einen Tag lang, es um die Machteroberung durch die Arbeiterklasse geht. Wenn eine konsequente Führung an der Spitze der Arbeiterbewegung einer solchen Situation fehlt, kann die Gegenheit auf lange Zeit verpaßt sein und die Reaktion wieder für Jahrzehnte die Oberhand gewinnen.

Neue große Kämpfe stehen bevor, in Frankreich wie in ganz Europa. Wenn die Lehr der vergangenen Kämpfe richtig gezogen begangene Fehler vermieden werden, besteht kein Grund, warum es der Arbeiterklasse nicht gelingen könnte, ihre nächste Chance voll zu nutzen.

Kurt Pfeifle  
München

# FRANKREICH: REBELLION DER STAHLARBEITER

Arbeiter stürmen die Zentrale ihres Arbeitgeberverbandes, Straßensperrn werden errichtet, ein besetzter Fernsehsender, Straßenschlachten mit der Polizei. Über einen von Arbeitern eingerichteten Radiosender werden Informationen über den Verlauf des Widerstandes gegen geplante Massenentlassungen verbreitet.

Diese Aktionen werfen ein krasses Licht auf die Ausweglosigkeit, vor der die Stahlkocher Lothringens stehen. Die offenen Auseinandersetzungen in Longwy bilden das vorläufig letzte Glied in einer Kette von eintägigen Generalstreiks, Warnungen vor einer sich verschärfenden Stahlkrise und Demonstrationen, die auf die sich rapide verschlechternden sozialen Verhältnisse hinweisen sollten, jedoch ungehört blieben.

Es wurden weiterhin Subventionen in Milliardenhöhe in die Stahlindustrie gesteckt, obwohl dadurch kein einziger Arbeitsplatz sicherer geworden wäre. Im Gegenteil. Das Verhältnis von Subventionen und vernichteten Arbeitsplätzen spricht für sich:

- 1970: 2,6 Mrd. Francs Subventionen, 10.000 Arbeitsplätze vernichtet!
- 1975: 1,5 Mrd. Francs Subventionen, 3.500 Arbeitsplätze vernichtet!
- 1977: 2 Mrd. Francs Subventionen, 16.000 Arbeitsplätze vernichtet!

Schließlich stellte die Regierung 1978 die wichtigsten -jedoch bankrotten- Stahlunternehmen unter "Staatskontrolle", um mit Hilfe von Steuergeldern jetzt das durchzuführen, wofür die Stahlbarone kein Geld ausgeben wollten: bis Ende 1980 sollen 21.000 Stahlkocher entlassen werden.

Besonders drastisch wirkt sich diese Wirtschaftspolitik in Lothringen aus. Einer ganzen Region, die hauptsächlich von der Stahlproduktion lebt, droht die Verelendung. So sollen in den Städten

Longwy 7.342  
Rombas 4.256  
Hayange 3.815  
Arbeiter entlassen werden.

Die Radikalisierung hat ebenfalls den Mittelstand ergriffen. Ärzte, Rechtsanwälte und Kleinhandlärer demonstrieren mit den Arbeitern für die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Durch mehrere Massendemonstrationen, mit bis zu 80.000 Teilnehmern allein in Metz, geben die Stahlarbeiter ihren Gewerkschaften die nötige Rückendeckung und machen den Stahlbaronen klar, daß sie nicht bereit sind, über die Entlassungen zu verhandeln. Selbst in den eigenen Reihen wer-

den Betriebsratssitzungen, wo über das Wie und Wann der Entlassungen verhandelt werden soll, von Arbeitern gesprengt. Wie beim erst kürzlich beendeten Stahlstreik in NRW, so geraten auch in Lothringen gemäßigte Gewerkschaftsführer unter den Druck der Basis und sehen sich dazu genötigt, wortradikaler aufzutreten. Teilweise werden "Aktionen von einer gewissen Gewalt" angekündigt.

Die Kommunistische Partei (KP) und die Sozialistische Partei (SP) unterstützen halbherzig den Widerstand der Stahlarbeiter. Es wird zwar viel geredet aber wenig getan und mobilisiert. Und das in einer Situation, wo das Lager des Gegners zunehmend unsicherer wird. Die vielen Flügel der bürgerlichen Parteien auf politischer Ebene verdeutlichen diese Zerrissenheit.

Geblendet durch die Verhältnisse im Parlament verweist zum Beispiel die SP darauf, daß sie nicht über die nötige Mehrheit verfüge, um die Stahlarbeiter zu unterstützen und sie sich daher nicht zu sehr auf ihre Hilfe verlassen könnten. Hier wird übersehen, daß das Ende einer verlorenen Wahl (Parlamentswahl 1978) nicht gleichzeitig das Ende des Klassenkampfes bis zur nächsten Wahl in 5 Jahren bedeutet. Zum Ergebnis des Wahlausgangs '78 meinte ein weitsichtiger Kommentator: "Mit dem zweiten Wahlgang sind die Wahlen nicht beendet. Ein dritter steht bevor, doch er wird auf der Straße ausgetragen werden."

Die politischen Vertreter der Arbeiterbewegung erhalten für ihre beschwichtigende Politik jetzt die Quittung. So mußten von Marchais (Führer der KP) einige innerparteiliche Zugeständnisse gemacht werden. Mitglieder können ihre Meinung viel offener sagen, ohne aus der Partei ausgeschlossen zu werden, falls diese Kritik führenden Genossen nicht passen sollte. In der SP verschafft sich ein anwachsender linker Flügel um die sogenannte CERES-Gruppe größeres Gehör.

Doch die oppositionellen Stimmen in den Arbeiterparteien sind noch zu schwach. Sie konnten nicht verhindern, daß während der Parlamentswahlen 1978 sich die Führungen von KP und SP in bürokratischen Eifersüchteleien zergingen. Sie stritten sich, wie hoch die Anzahl der zu verstaatlichenden Unternehmen sein kann, ohne die Privatwirtschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen. Die Resultate der "verstaatlichten" Unternehmen innerhalb eines kapitalistischen Rahmens und ohne demo-



Frankzösische Polizei verprügelt Stahlarbeiter

kratische Arbeiterkontrolle- und verwaltung zeigen sich jetzt in Lothringen.

Wenn die Aktionen der Stahlarbeiter nicht verpuffen sollen, muß sich die bisherige Politik der KP und SP sowie der von ihnen gesteuerten Gewerkschaften CGT und CFTD ändern. Die Politik des friedlichen Zusammenlebens mit den Kapitalisten muß zurücktreten zugunsten der Mobilisierung aller Arbeiter nicht nur für einzelne Verstaatlichungen, sondern für die umfassende Verstaatlichung aller Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung bei gleichzeitiger Errichtung und Durchführung eines demokratischen und rationalen Produktionsplans. Denn solange bürgerliche Regierungen Wirtschaftsbetriebe verstaatlichen, sind die Arbeiter noch längst nicht vor Entlassungen sicher. Ein erster Schritt in Richtung Mobilisierung wäre eine offene Diskussion über Strategie, Programm und Ziele in den Organisationen der Arbeiterbewegung, deren Ergebnisse dann die Grundlage für ein marxistisches Programm bilden.

Wenn die Arbeiter von Lothringen es durch ihre lokal begrenzte Aktionen geschafft haben, daß die Regierung die Entlassungen erst einmal verschiebt, was könnte mit einem gemeinsamen Kampfprogramm erreicht werden, dessen Durchführung nicht von gemäßigten Gewerkschaftsführern blockiert und von nur nach parlamentarischen Mehrheiten schielenden Arbeiterführern verwässert würde.

Ein erfolgreicher Kampf der Stahlarbeiter gegen Massenentlassungen sowie die Ausweitung dieses Kampfes gegen die Kapitalgeber insgesamt, könnte eine große Signalwirkung für die europäische Arbeiterbewegung haben, die heute überall mit den gleichen Problemen konfrontiert wird.\*

(Ingolf Becker)

## Politischer Erdbeben in Frankreich

# SIEG DER SOZIALISTEN MITTERRAND MUSS FARBE BEKENNEN

ANGELA  
BANKERT

Der erdbebenartige Wahlsieg der Sozialisten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich ist ein entscheidender Wendepunkt, nicht nur für die französische, sondern auch für die europäische Arbeiterbewegung.

Eine erneute Periode relativ stabiler bürgerlicher Regimes wie in den letzten 20 Jahren ist in Frankreich zukünftig nicht mehr möglich. Schon der Sieg Mitterands bei den Präsidentschaftswahlen wurde von riesigen Menschenmengen in Paris und anderen französischen Städten gefeiert. Im Sog dieser Euphorie gelang den Sozialisten auch der Durchbruch bei den Parlamentswahlen, trotz der ungerechten Einteilung der Wahlkreise.

Große Verlierer der Wahl sind einerseits die bürgerlichen Parteien, andererseits die Kommunisten. Während der letzten bürgerlichen Regierung unter Giscard stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 1,6 Millionen, das waren 1980 6,5% der Erwerbstätigen. Die Inflationsrate liegt bei 14%. Die Jugendarbeitslosigkeit ist besonders hoch. Etwa 40% der Franzosen unter 25 Jahren sucht eine Beschäftigung. Das waren 700.000 Jungwähler. Durch die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre war die Zahl der Erst- und Jungwähler überhaupt besonders hoch: 6 Millionen junge Franzosen wählten zum ersten Mal, die große Mehrheit links.

Die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) verlor knapp die Hälfte ihrer Parlamentssitze, davon die meisten an die Sozialisten und schrumpfte von 86 auf 44 Mandate. Die Kommunisten hatten vor und während der Wahlkampagne konsequent eine Politik der Anpassung und des Opportunismus betrieben. Sie schreckten nicht einmal davor zurück, die Ausländerfeindlichkeit für sich auszunutzen und sogar selbst anzustacheln.

## Niedergang der KPF

So erklärte KP-Chef Marchais zur Eröffnung der Wahlkampagne: "Jawohl, wir verlangen, daß mit der Einwanderung Schluß ist. Sie fortzusetzen, bedeutet, daß noch mehr französische und ausländische Arbeiter arbeitslos werden." In Damanle-les-Lyr wollen die kommunistischen Stadtverordneten ein Wohnheim für 380 ausländische Arbeiter zum Appartementsblock für französische Familien umbauen. Und in Vitry-sur-Seine stürmten kommunistische Schlägertrupps an der Spitze der kommunistische

Bürgermeister ein neu erbautes Wohnheim für 300 ausländische Arbeiter.

Sie durchschnitten elektrische Kabel und Telefonleitungen, unterbrachen die Wasserzufuhr und schoben mit Hilfe von Bulldozern Erdbarrieren vor die Eingänge, um das Heim unbewohnbar zu machen. Ein Vorgehen, das man eigentlich nur neofaschistischen Banden zutrauen würde.

In außen- und Wirtschaftspolitischen Fragen hat sich die KPF ganz den sozialistischen Positionen angepaßt. Doch der gewünschte Effekt blieb aus. Vor die Wahl gestellt, zwei Parteien mit gleichen Vorstellungen wählen zu können, entschieden sich die meisten linken Wähler gleich für die größere, die Sozialistische Partei. Diese schwere Niederlage markiert den vorläufigen Tiefpunkt der seit über 10 Jahren absteigenden Entwicklung der KPF. Noch Ende der 60er Jahre waren die Kommunisten die weit-aus größere der beiden Arbeiterparteien und die Sozialistische Partei eine nahezu unbedeutende Gruppierung.

Auch die Beteiligung an der Regierung mit 4 Ministern wird der Kommunistischen Partei nicht die erhoffte Autorität zurückbringen, denn sie nützt in erster Linie Mitterand. Er hat damit die KPF und besonders die kommunistischen Gewerkschaften in die Verantwortung einbezogen und eine mögliche Opposition ausschalten versucht; die KPF hat sich mit ihrem Regierungseintritt selbst die Hände gebunden. Aber was tut man nicht alles für ein paar Ministeresseln...

Mitterand hat allen Grund, eine möglichst breite Basis für seine Regierung zu suchen. Denn nach dem erdbebenartigen Sieg der Linken sind die Erwartungen der Arbeiterklasse, deren Lebensstandard infolge der kapitalistischen Krise ständig gedrückt wurde, besonders hoch. Wenn nicht umgehend grundlegende Reformen eingeführt werden, könnten die Arbeiter leicht zur Selbsthilfe, z. B. in Form von Fabrikbesetzungen, greifen.

Fabrikbesetzungen haben in der französischen Arbeiterklasse Tradition. Der Sieg der Volksfront im Jahre 1936 löste eine Welle von Besetzungen aus; ebenso verlief der revolutionäre Mai 1968, und die anhaltende Besetzung der Uhrenfabrik LIP in Besancon, die schließlich durch Polizeieinheiten geräumt wurde, hat auch in der Bundesrepublik Aufsehen erregt.



Ob das Programm Mitterands, selbst wenn es ohne Abstriche durchgeführt würde, einen grundlegenden Wandel bewirken kann, ist mehr als zweifelhaft.

## Programme unzulänglich

In Frankreich ist die wirtschaftliche Macht bei den 200 Unternehmen mit über eine Milliarde Franc Jahresumsatz konzentriert. Davon sind 20% bereits verstaatlicht.

Wenn jetzt das Verstaatlichungsprogramm der Sozialisten durchgeführt wird, so steigt der Staatsanteil auf 38%. Davon wären etwa 10% der in der Industrie Beschäftigten betroffen.

Der größte Teil der Wirtschaft bliebe nach wie vor in der Hand privater Unternehmer. Das bedeutet:

- der Staat kann keine gesamtwirtschaftliche Planung durchsetzen
  - die staatlichen Unternehmen müssen sich den marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten beugen und sich den Profitzwängen unterwerfen
  - die privaten Unternehmen haben genügend Möglichkeiten, durch Sabotage und Kapitalflucht die Reformpläne der Regierung, ja sogar die Regierung selbst, zu Fall zu bringen.
- Über demokratische Kontrollmöglichkeiten der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben wird nichts konkretes gesagt. Wahrscheinlich werden wie in anderen Fällen von Verstaatlichungen hinterher dieselben bürgerlichen Manager das Sagen haben wie vor der Änderung der Eigentums-titel.

Denn die Kapitalisten sollen nicht enteignet werden! Mitterand will ihnen ihren Besitz (den sie durch jahrhundertlange Ausbeutung an sich gerissen haben) abkaufen. Sie sollen so stark (über-) entschädigt werden, daß die Staatskasse in allemächtigster Zeit mit mindestens 50 Milliarden Franc zusätzlich belastet werden wird. Frage: was werden die Kapitalisten mit den 50 Milliarden Franc tun? Können sie damit nicht zu einem späteren Zeitpunkt die Konterrevolution finanzieren?

## Gefahr der Reaktion

Das Programm der Sozialisten bedeutet keinen klaren Bruch mit dem Kapitalismus. Deshalb besteht die Gefahr, daß sich Kapital und Reaktion genau wie in Chile wieder von ihrer Niederlage erholen und zurückschlagen. Auf diese Stunde bereitet sich jetzt Gaullistenführer Chirac vor, der politische Vertreter des reaktionären, kompromißlosen Flügels des Kapitals. Er spekuliert, nach einem Scheitern der Linken, vor allem auf enttäuschte Mittelschichten (Kleinbauern, Handwerker, kleine und mittlere Unternehmer usw.), die er für seine rechte Sammelbewegung gewinnen will. Auf dieser Basis hofft er, als Präsident die Neuaufgabe eines autoritären gaullistischen Regimes durchsetzen zu können.

Diese Erwartungen Chiracs sind durchaus realistisch, wenn Sozialisten und Kommunisten die Grundlagen des französischen Kapitalismus nicht antasten. Denn auf kapitalistischer Grundlage ist auch ein umfangreiches Reformprogramm nicht dauerhaft umzusetzen.

Die Wirtschaftskrise des französischen (sowie die des internationalen) Kapitalismus hat den staatlichen Finanzierungsspielraum auf den Nullpunkt gebracht. Dies haben die Sozialisten schon zu spüren bekommen, deshalb haben sie die versprochene Anhebung des Mindestlohnes erst verschoben und dann geringer ausfallen lassen, als zunächst vorgesehen.

#### Kein Spielraum für Reformen

Anderen Reformvorhaben wird es nicht besser ergehen, ganz abgesehen davon, daß die kapitalistische Inflation Verbesserungen des Lebensstandards schnell wieder auffressen wird. Eine solche Entwicklung könnte dann in absehbarer Zeit bewirken, daß die erste Hochstimmung verfliegt und sich Unzufriedenheit mit der Regierung breit macht. Einerseits wird dies zu einem Anwachsen von Chréacs-Sammelbewegung aus Mittelschichten sowie rückständigen, enttäuschten Teilen der Arbeiterbewegung (besonders wohl der Arbeitslosen) führen. Andererseits wird es aber auch die Radikalisierung der Basis von Sozialisten und Kommunisten, die Polarisierung und die Herausbildung starker oppositioneller Flügel in beiden Parteien vorantreiben.

#### Für ein marxistisches Programm

Die Aufgabe von Marxisten wird es in diesem Prozeß sein, für ein sozialistisches Programm zu kämpfen, das diesen Namen verdient:

- Für die Verstaatlichung aller 200 führenden Wirtschaftsunternehmen.
- Für eine demokratisch kontrollierte und verwaltete Planwirtschaft.
- Für ein umfassendes Reformprogramm mit Verkürzung der Arbeitszeit, Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf Arbeiter und Arbeitslose, Anhebung der Löhne und Renten, das nur auf Grundlage von Gemeineigentum an Produktionsmitteln und demokratische Planwirtschaft dauerhaft durchsetzbar ist.

Der Sieg der französischen Linken hat den Klassenkampf in Westeuropa auf eine neue Stufe gehoben, allein schon aus diesem Grund ist er wichtig. Er hat auch im Ausland unter der Linken Begeisterung ausgeföst. Sozialisten aller Länder sollten die zukünftigen Entwicklungen in Frankreich genau beobachten und aus den Erfahrungen der französischen Arbeiterbewegung auch Konsequenzen und Lehren für die sozialistische Strategie im eigenen Land ziehen.



Sozialistische Anhänger nach dem Wahlsieg Mitterrands

Als vor einem Jahr der Sozialist François Mitterrand zum neuen französischen Staatspräsidenten gewählt wurde und wenige Wochen später die Linke in einem erdrutschartigen Sieg die Parlamentswahlen gewann, war dies Hoffnung und Vorbild für manchen Sozialisten in ganz Europa.

Bilanz eines "Modells"

Ein Jahr sollte Zeit genug sein, um eine erste Bilanz dieses "französischen Modells" zu ziehen. In diesem Jahr wurde in Frankreich weder aberüstet noch grundlegende sozialistische Politik durchgeführt, ja nicht einmal der Lebensstandard der Arbeiter entscheidend erhöht oder der gesellschaftliche Reichtum wesentlich zugunsten der Arbeiter und der Armen umverteilt. Und jetzt fangen die führenden Genossen der französischen Regierung schon damit an, die Arbeiter zur "Mäßigung" bei den Lohnforderungen aufzurufen. Die sozialistische Regierung hat in den ersten Monaten nach ihrem Amtsantritt durchaus einige längst überfällige Reformen

Keine Arbeiterpolitik ohne Bruch mit dem Kapital

durchgeführt und ist deshalb auch immer noch sehr populär.

Programm und Wirklichkeit

Mindestrenten und Mindestlohn sind angehoben worden, aber die Reichen sind reich und die Armen arm geblieben. Die versprochene Einführung der 35-Stunden-Woche soll jetzt zeitlich gestreckt über fünf Jahre stattfinden. Der Staat gleicht den Unternehmen die verlorengegangenen Profite aus.

Am 1. Februar diesen Jahres wurde die 39-Stunden-Woche eingeführt. In vielen Bereichen haben die Arbeitgeber versucht, damit auch die Löhne zu drücken, was zu vielen Streiks in Krankenhäusern, beim Zoll, bei der Bahn und in der Metallindustrie geführt hat. Als sich der sozialistische Arbeitsminister dafür stark machte, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchzuführen, zwang die Streikdrohung der Gewerkschaften Mitterrand dazu, von seinem Veto

Französisches "Modell":

REFORMSTOPP STATT SOZIALISMUS

Keine Arbeiterpolitik ohne Bruch mit dem Kapital

recht als Präsident Gebrauch zu machen und zu verfügen, daß die eine Stunde doch bezahlt wird. Nächstes Jahr soll es keinen vollen Lohnausgleich geben, und die Zukunft, so Mitterrand, wird von der wirtschaftlichen Lage abhängen.....

Ein wichtiger Bestandteil im sozialistischen Wahlprogramm war auch die Verstaatlichung von elf der größten Konzerne gewesen. Inzwischen hat der französische Staat nur sechs davon übernommen. Den Aktionären wurden Entscheidungsgelder in Höhe von 55 Milliarden Franc gezahlt - das ist drei bis vier mal so viel, wie der Staat durch zusätzliche Besteuerung der Reichen retholt. Gleichzeitig wurden die Forschungsmittel, also auch Zuschüsse an das Kapital, 1982 gegenüber 1981 um sechs Prozent gesenkt, für die Arbeiter erhöht. Außerdem verteilt die Regierung noch Investitionsbeiträge an die Unternehmer.

Außenpolitisch ist der große

"Wandel" ohnehin ausgeblieben. Frankreich rüstet weiter auf. Dieses Jahr sind die Militärausgaben um 17% erhöht worden.

Die Erhöhung der Mindestrenten und Mindestlöhne hat viel Kaufkraft freigesetzt, aber den Aufschwung hat auch das nicht herbeigezaubert. Im Gegenteil: Zwischen Mai '81 und Mai '82 ist die Arbeitslosigkeit von 1,76 Millionen auf 2,1 Millionen angewachsen. Gleichzeitig ist die Inflationsrate auf 14% angestiegen. Im Mai '82 war das monatliche Außenhandelsdefizit Frankreichs so hoch wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes.

Kurswechsel

Nachdem der Prekanstieg im ersten Viertel 1982 mit 14% höher war als im ganzen Jahr 1981, will die Regierung jetzt mit einem Preis- und Lohnstopp die Lage wieder in den Griff kriegen. Aber dieses Mittel hat schon in der Vergangenheit nur zu einem getaucht - nämlich dazu, die Re-

allöhne zu senken. Die hohen Löhne seien an der Inflation Schuld, meinen die "sozialistischen" Minister. 1982 sollen die Lohnabschlüsse 10% nicht übersteigen, was einem Reallohnverlust gleichkommt.

"Linke" Alternativen?

Die französische Kommunistische Partei war immer für viele Linke in der BRD ein großes "eurokommunistisches" Vorbild. Doch die KP-Führung zieht bei dieser Politik voll m.h. Hauptsache, so scheint es, sie behält ihre vier Minister im Kabinett. Auf dem Parteitag warb KP-Führer Marchais um "Geduld". Verkehrsminister Fiteiman wollte die Fahrpreise für die Eisenbahn senken, Regierungschef Mauroy sagte "Non", Fiteiman gab klein bei. Die KP verliert zur Zeit Mitglieder, Wähler und Leser ihrer Tageszeitung. Die Parteispitze wird unter starken Druck ihrer Basis kommen, sich von der Politik der Regierung abzusetzen. Es wird früher oder später so zum Rücktritt der kommunistischen Minister kommen. Aber dann werden sie sich genau über die Politik beschweren, die sie heute aktiv mit tragen!...

Das "französische Modell" droht Schiffbruch zu erleiden, so lange die sozialistische Regierung keinen klaren Bruch mit dem Kapitalismus vollzieht. Erst wenn die alte Schallzentrale der wirtschaftlichen Macht verstaatlicht sind und von den Arbeitern kontrolliert sind, können die Arbeitslosigkeit abgeschafft und die Reformen bezahlt werden. Sonst verhilft die bisherige Politik dem reaktionären Gaußistenführer Chirac an die Macht.

Hans-Gerd Öfinger

Für Arbeiterdemokratie in Polen

SOLDARITÄT - ABER WIE?

Die Kapitalisten im Westen, ihre Parteien und die bürgerliche Presse haben die Verhängung des Kriegsrechts in Polen vor einem halben Jahr dazu benutzt, die Idee des Sozialismus erneut in den Schmutz zu ziehen. Sie wollen damit von den Schwierigkeiten im eigenen Lager ablenken. Die Machthaber in Polen haben ihnen dabei hervorragend in die Hände gearbeitet.

Aus gutem Grund sieht der Westen aber davon ab, die polnische Militärregierung in zusätzliche ökonomische und politische Schwierigkeiten zu bringen. Im Gegenteil. Die ganzen Lebensmittelhilfen und die ganze Diplomatie laufen darauf hinaus, das Regime zu stützen. Das gilt auch für die US-Regierung, obwohl sie scheinbar einen harten Kurs einschlägt. Doch auch bei Reagan ist es notwendig, zwischen Worten und Taten zu unterscheiden.

Sanktionen

Die relativ schwachen Handelsverflechtungen zwischen USA und Ostblock erlauben es der Reagan-Administration, stärkere Worte gegenüber der Ostblockbürokratie zu benutzen als die westeuropäischen Regierungen.

Am meisten Wirbel verursacht die Verweigerung der Exportgenehmigung für die Ausrüstungen zur Erdölförderung und zum Bau von Erdgasleitungen. Doch diese Sanktionen richten sich wohl eher gegen die westeuropäischen Staaten als gegen die Sowjetunion.

Wie auf allen Märkten, so wird auch der Konkurrenzkampf auf dem Energie Sektor stärker. Die amerikanische Kohleindustrie war schon immer ein erbitterter Gegner des Erdgasgeschäftes UdSSR-West-Europa.

Kredite

Auch die Diskussion um die Polenkredite hat gezeigt, daß Reagan sehr wohl weiß, welche Linie im eigenen Interesse angebracht ist. Das Außenministerium erklärte ausdrücklich, daß eine Zahlungsunfähigkeitsklärung "der amerikanischen Politik zuzuliefernde" und "es sei nicht die Absicht Washingtons, der polnischen oder sowjetischen Regierung eine Lektion zu erteilen". Außenminister Haig erklärte, daß man mit einer Zahlungsunfähigkeitsklärung bei den eigenen Handelspartnern und dem westli-



chen Bankensystem enorme Probleme verursachen würde. Anstatt Polen zahlungsunfähig zu erklären, hat es Reagan vorgezogen, für die polnische Bürokratie bei den Banken in die Bresche zu springen und die Übernahme überfälliger Schulden von 71 Mrd. Dollar durch den amerikanischen Staat zugesagt.

Das westliche Kapital geht realistischweise davon aus, daß eine Rückkehr zum Kapitalismus im Ostblock nicht möglich ist - weder durch Kontinentalrevolution noch durch Krieg gegen diese Staaten. Also gibt es nur die Möglichkeiten: Sozialismus oder Fortsetzung der stalinistischen Diktatur. Vor diese Alternative gestellt, zieht der Westen den Stalinismus allemal vor, bietet er doch die Möglichkeit zu anti-sozialistischer Propaganda. Eine wirkliche sozialistische Demokration hätte dagegen eine enorme Anziehungskraft auch auf die

westlichen Arbeiter und wäre für das Kapital unendlich viel gefährlicher.

Entspannungspolitik

Leider unterscheidet sich das Verhalten der Gewerkschaftsführer und Führer der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien im Westen kaum von dem der Kapitalisten. Die diplomatischen Gespräche zwischen SPD-Funktionären und der Cliquen um Jaruzelski werden das Militärregime enorm auf, und das kann niemals im Interesse der Arbeiterbewegung sein. Der Dialog mit der Ostblockbürokratie wird verkauft als Fortsetzung der Entspannungspolitik. Aber was hat das mit Entspannung zu tun, wenn im Osten die Arbeiter durch eine Seite der "Entspannungspolitik" unterdrückt werden und ihre Gegenspieler den Nato-Nachrüstungsbeschluß befürworten?!

Die Gewerkschaften im Westen und insbesondere in der BRD haben Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt, wie sie sie bisher für die Türkei noch nicht auf die Beine gebracht haben. Der Tenor der ganzen Solidaritätswelle liegt im Grunde darauf hinaus, bei den Gewerkschaftsmitgliedern Vorurteile gegenüber dem Sozialismus zu schüren.

Lebensmittelhilfe

Es kann niemals unser Interesse sein, daß die polnische Bevölkerung Hunger leidet. Lebensmittellieferungen an anonyme Empfänger bzw. in die Hände der polnischen Bürokratie oder der Kirche bewirken aber in erster Li-

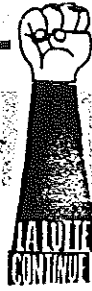
nie, daß das System, das die miserable Versorgungslage zu verantworten hat, stabilisiert wird. Für "Solidaritäts"-mitglieder muß es ein Schlag ins Gesicht sein, daß ausgerechnet seit Verhängung des Kriegsrechts umfangreiche Lebensmittelsendungen nach Polen geschickt werden. Vor einem Jahr hätte die Bevölkerung sie genauso nötig gehabt. Lebensmittellieferungen sollten nur von Gewerkschaften zu Gewerkschaften gehen. Daß so was möglich ist, zeigt das Beispiel der Bremer Vulkan-Werft, deren Arbeiter direkt Lebensmittel an die Danziger Leiharbeiter geliefert haben.

Dagegen teilte der DGB seine materielle Hilfe über die katholische Caritas und das Rote Kreuz. Das polnische Rote Kreuz unterstützt ebenso wie die MIZ und der Sicherheitsdienst dem Innenministerium.

Internationale Solidarität

Wir müssen in den Gewerkschaften und in der SPD dafür kämpfen, daß die organisierte Arbeiterbewegung im Westen, dem polnischen Militär, der ganzen Bürokratie um die sogenannte Kommunistische Parteien die Legitimation aberkennt! Vertreter der polnischen Arbeiterklasse zu sein. Unsere Aufgabe muß es sein, das Militärregime und die ganze Ostblockbürokratie durch massive Unterstützung der "Solidarität" zu schwächen. Unser Ziel muß sein, die stalinistische Diktatur zu stürzen und eine Arbeiterdemokratie zu errichten.

HANS BLUNCK, STUTTGART



### Vor 15 Jahren: Revolutionäre Streikbewegung in Frankreich

# DIE MACHT LAG BEI DEN ARBEITERN

## Der Staat war machtlos - doch die Arbeiterführer versagten.

Wie schon im Jahr 1936 - als durch eine riesige Welle von Sitzstreiks und Betriebsbesetzungen eine revolutionäre Situation hervorgerufen war, in der Matrosen und Soldaten bei Arbeiterdemonstrationen mitmarschierten und die "Internationale" sangen - lag die Machteroberung durch die Arbeiterklasse in greifbarer Nähe. Eine friedliche, unblutige Revolution war möglich.

Aber... was geschah tatsächlich? Warum war das Regime de Gaulles wenige Wochen später wieder fest im Sattel?

#### Beginn der Kämpfe: Studenten

Am 1. Mai 1968 nehmen hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Studenten an den offiziellen Gewerkschaftsdemonstrationen teil. Ihre Hauptlosung: "10 Jahre sind genug!" - eine Anspielung auf den 10. Jahrestag der Machübernahme durch den "starken Mann" de Gaulle. Diese Demonstrationen verlaufen weitgehend friedlich.

Vor dieser Kulisse der allgemeinen Unzufriedenheit demonstrieren am nächsten Tag die Studenten, in den Jahren 67/68 ohnehin weltweit in Bewegung. Ihre Forderung: Aufhebung der Geschlechtertrennung in den Wohnheimen.

Diese Demonstration wird mit äußerster Brutalität zerschlagen. Polizei-Spezialeinheiten, CRS genannt, gehen mit Hunden, Knüppeln und Tränengas vor. Eine Straßenschlacht entwickelt sich.

Am 3. Mai werden die Universitäten geschlossen. Das glättet die Wogen nicht - weit gefehlt. Als Reaktion gehen in den folgenden Tagen zehntausende von Studenten auf die Straße. Viele junge Arbeiter schließen sich ihnen an. Die ersten Barrikaden werden gebaut. Die Parolen werden schnell allgemeiner und politischer. Die Frage der Studentenwohnheime hatte nur einen kleinen Teil der Unzufriedenheit gezeitelt.

#### Fortsetzung der Kämpfe: Arbeiter

Die Studentenkämpfe legten nur den Funken an die Lunte. Ihre Proteste finden sofort einen breiten Widerhall bei den Arbeitern, wie auch in der Mittelschicht.

Als die Universitäten geschlossen und friedliche Studentendemonstrationen per Polizeiknüppel auseinandergetrieben werden, wendet sich das Blatt. Von den ersten Tagen der Straßenschlachten und Barrikadenkämpfe an sympathisierten laut Meinungsumfragen 80% der Pariser Bevölkerung mit den Studenten.

Als am 6. Mai eine CRS-Spezialeinheit einen hinterhältigen Angriff auf eine friedliche Demonstration in Paris startete, öffnen die Straßensiedler ihre Haustüren, um die Flüchtenden vor CRS-Gewerkskoben und Polizei-Knüppeln in Schutz zu nehmen. Um die Wirkung des Tränengases zu lindern, wird emerwiese Wasser aus den Fenstern in die Straßen gegossen.

Einige ORTF-Teams (ORTF: französische Radio- und Fernsehanstalt) hatten Filmaufnahmen dieser Ereignisse gedreht. Zurück im Studio versuchte der Direktor, die Ausstrahlung des Filmmaterials zu verhindern.

Die gesamte ORTF-Belegschaft ist empört und setzt durch, daß der Film ungekürzt gezeigt wird.

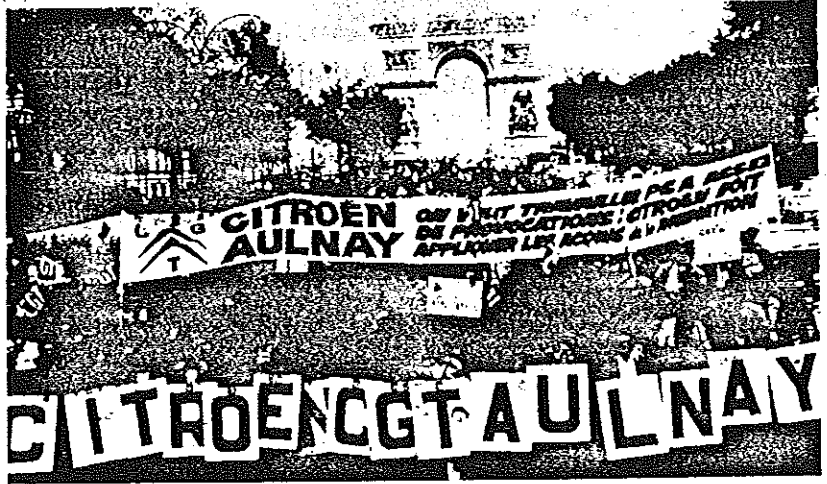
Die im Fernsehen für Millionen Franzosen sichtbare Brutalität der CRS-Einsätze erregt die Empörung der Arbeiter, insbesondere jüngere Arbeiter, die darauf brennen, mit der Regierung um ihre eigenen Forderungen zu kämpfen. Identifizieren sich mit den Studenten. Bald treten sie selbst in den Streik - bei Sud Aviation (Flugzeugwerk) gegen geplante Entlassungen, bei der Post für höhere Löhne.

Am Ende der ersten Maiwoche werden die Universitäten besetzt. Die Dozenten streiken gegen die Studentenverhaftungen und für eine gründliche Bildungsreform. Weiterführende Schulen werden geschlossen, als Lehrer und Schüler in den Streik treten, sich mit den Studenten solidarisieren und zu Tausenden an die Unis ziehen, um bei den Besetzungen mitzuhalten oder die Demonstrationen zu unterstützen. 13jährige Schüler werden von weniger wohlwollenden Lehrern in ihre Klassenräume eingesperrt, um sie den Demonstrationen fernzuhalten. Vergleichen sie nehmen Reißaus.

#### Die Rolle der KPF

Im Jahre 1968 war die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) die größte Arbeiterpartei. Sie beherrschte den größten Gewerkschaftsbund Frankreichs, die CGT. Die Sozialistische Partei Mitterands war eine größere Sekte; bei der Wahl 1969 hat sie kaum 5% der Stimmen erreicht.

Die KP-Führung hatte anfänglich die an den Universi-



In diesem Mai 1983 jährt sich zum 15. Mal die größte Streikbewegung der französischen Geschichte. Damals machten die "Mai-Ereignisse" Schlagzeilen in der Weltpresse. Was war geschehen? Eine ungeheure Massenbewegung der französischen Arbeiter hielt die Welt in Atem. Auf dem Höhepunkt der "Mai-Revolution" befanden sich mehr als 11 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte im Streik; mehr noch: sie streikten nicht nur - sie hielten ihre Betriebe *e s e t z t*. Und dies, obwohl von der Gesamtzahl der Lohnabhängigen (15 Millionen) nur 2,3 Millionen gewerkschaftlich organisiert waren.

Als die KP-Führung merkte, das die eigene Basis sich den Studenten anschließt, ist für sie schnelles Handeln nötig, will sie nicht die Kontrolle über die Bewegung verlieren.

Der Druck auf die Führer der Massenorganisationen wächst. So rufen die Vorstände von CFDT (ehemaliger katholischer Gewerkschaftsbund), CGT (kommunistisch geführter, größter Gewerkschaftsbund), FEN (Lehrergewerkschaft) und der linken Parteien in einer plötzlichen Kehrtwendung für Montag, den 13. Mai, einen 24stündigen Generalsstreik aus. Er ist als Druckmittel gegen die Regierung gedacht, um ihr einige Reformen abzulotzen, und gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in der Arbeiterklasse angesammelten Druck gefahrlos abzulassen.

Der Streik ist ein durchschlagender Erfolg. Er beruhigt die Gemüter nicht. Die massiven Arbeitsniederlegungen - 50.000 in Marseille, 40.000 in Toulouse und allein Paris 1 Million! - ermutigen die Arbeiter nur noch mehr. Sie spüren zum ersten Mal seit langem wieder, welche Macht sie besitzen.

Am nächsten Tag kehren die Arbeiter von Sud Aviation bei Nantes nur in ihr Werk zurück, um zu proklamieren: "Der Streik ist vorbei - die Betriebsbesetzung beginnt!" Sie übernehmen die Fabrik, sperren den Direktor ein und appellieren an alle französischen Arbeiter, ihrem Beispiel zu folgen.

#### Arbeitermacht

Ohne offizielle Unterstützung, ja, gegen den Widerstand der KP-Führung, verbreiten sich die Besetzungen schnell. Am Ende der dritten Mai-Woche gipfeln sie in einer Lahmlegung der Wirtschaft; 11 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte streiken.

In allen Städten werden Aktionskomitees eingerichtet, welche die Besetzungscomités ergänzen: Arbeiterkomitees in den Fabriken; Komitees von Ärzten, Patienten und Krankenschwestern in den Krankenhäusern; Gefangenens- und Wärter-Komitees in den Gefängnissen, Bauernkomitees auf Höfen und in Lagerhäusern; Lehrer-, Schüler- und Studentenkomitees an Schulen und Universitäten.

Ein gemeinsamer Arbeiter-, Studenten- und Bauernrat regiert nun buchstäblich den Regierungsbezirk (Département) Loire-Atlantique samt dessen Hauptstadt Nantes. Er kontrolliert den Verkehr und das Transportwesen; die Versorgung mit Wasser und Strom, Gas und Lebensmitteln und leitet die ersten Schritte zur Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit unter seiner Überwachung ein.

Landarbeitergewerkschaften erklären sich bereit, die Streikenden zu ernähren. Arbeiter und Studenten helfen bei der Nahrungsmittelproduktion. Die Preise werden drastisch gesenkt. Lehrer richten Kinderkrippen für die Streikenden ein. Die lokalen Regierungsbeamten müssen weichen und ohnmächtig zusehen, wie in manchen Bezirken die arbeitenden Men-

schen anfangen, ihre eigene Gesellschaft aufzubauen.

Bis zum 22. Mai hatten sich sogar die Totengräber und Meteorologen der Bewegung angeschlossen. Jeder Winkel der französischen Gesellschaft wird von dem Aufruhr erreicht und mitgerissen: Künstler arbeiten rund um die Uhr, um Plakate herzustellen und die Rolle der Kunst in der Gesellschaft zu analysieren; die juristische Fakultät "lehnt die Gesellschaft ab sofort ab"; die Polizeigewerkschaft berichtet von "einer gefährlichen Situation", weil viele ihrer Mitglieder mit den Arbeitern sympathisieren und selbst mit Streikaktionen drohen. Bauernorganisationen rufen für den 24. Mai zu einer Großdemonstration auf; Filmemacher treten in den Streik und beenden die berühmten Filmfestspiele in Cannes; Schriftsteller und Architekten entwerfen Pläne für eine neue Gesellschaft; Fußballspieler besetzen die Stadien und Richter und Staatsanwälte organisieren sich gewerkschaftlich.

#### Reaktion machtlos

Bei der Streikbewegung 1936 hallen in Nantes noch 50.000 Bauern gegen die Volksfrontregierung demonstriert. 1968 stiehlt die überwältigende Mehrheit der Bauern hinter den Arbeitern. Ein weiterer Unterschied liegt in den reinen Beteiligungszahlen: 1936 streikten 4 Millionen, in der "Marevolution" über 11 Millionen. Die Bewegung von 1968 war ebenso wie die von 1936 revolutionär: Mehr noch als von roten Fahnen, die von jedem erdenklichen Gebäude wehten - Wohnblocks, Fabriken, Rathäuser, ja sogar Kirchen und Kasernen - oder den Klängen der "Internationale", die überall zu hören waren, wird dies von der rasanten Ausweitung der Bewegung auf breite Schichten der Arbeiter bezeugt.

Der Staatsapparat hing in der Luft und befand sich in Auflösung. Uniformierte wurden nicht



Im französischen Mai 68 entwickelte sich eine beispiellose politische Kunst. Es lebten die Fabrikbesetzungen!

...täten entstandene Bewegung in Grund und Boden verdammt! "Ultraslinke", "Abenteurer", "staatsgefährdende Elemente", "gefährliche Anarchisten", "Werkzeuge der Bourgeoisie" - das waren die Ausdrücke, mit denen das KPF-Zenträlorgan "L'Humanité" die Studentenführer beschimpfte.





Plakat aus dem Mai 68:  
"Der Arbeitgeber braucht Dich, aber Du brauchst ihn nicht!"

mehr ernst genommen. Regierungsbeamte diskutieren allen Ernstes die Formalien einer offiziellen Machtübergabe. Das Problem war nur: an wen? Doch dazu später...

Reaktionäre "Komitees zur Verteidigung der Republik" werden gegründet, finden jedoch erst mal kaum Unterstützung und müssen in Verborgenheit leben. Eine von Faschisten der Organisation "Occident" organisierte Demonstration bringt im ganzen Land nur 2.000 Leute auf die Beine.

Ende Mai packt de Gaulle, die Verkörperung des "starken Staates", seine Koffer und verabschiedet sich vom anwesenden US-Botschafter (der diese Episode später in seinen Memoiren beschreibt) mit den Worten: "Das Spiel ist aus. Jetzt kommt der Kommunismus!" Er übergibt seinem Stellvertreter den Schlüssel zum Safe, in dem sein politisches Testament verstaubt, und verläßt Paris. Radioreporter melden ihn als "vermißt".

Die kleine PSU (Parti Socialiste Unifié, Vereinigte Sozialistische Partei - unter 2% der Wählerstimmen) spricht von "Arbeitermacht", die CFDT von "Demokratie". Aber KPF und CGT-Führung bestehen darauf, daß der Kampf streng auf höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu beschränken sei - auf die "unmittelbaren" Forderungen wie 40-Stunden-Woche, größere soziale Sicherheit, Mindestlöhne usw. "Zu radikales Vorgehen provoziert nur die Reaktion", schrieb L'Humanité, das KP-Zentralorgan: "Es kommt darauf an, die Bewegung möglichst, schnell wieder in parlamentarische Bahnen zu lenken." Die erlaubte Maximalforderung sei Neuwahlen innerhalb von vier Wochen.

Verhandlungsergebnisse abgelehnt

Auf dem Höhepunkt der revolutionären Strekbewegung bekundeten die Gewerkschaftsführer "den Wunsch, mit der Regierung zu verhandeln" - mit einer Regierung, die keinerlei Macht mehr besaß und

deren Minister größtenteils außer Landes geflohen waren. Am 17. Mai kehrte Seguy, Generalsekretär der CGT, von dreitägigen Verhandlungen mit Arbeitgebern und Regierung zurück. Sein Verhandlungsergebnis: Erhöhung der Mindestlöhne um 35%, 40-Stunden-Woche, Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb und die größtenteils Sozialleistungen seit der Befreiung vom Faschismus.

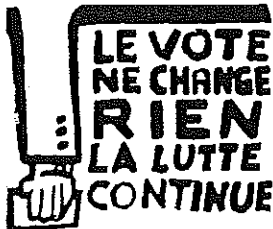
Seguy wird im Renault-Werk von Billancourt von mehr als 30.000 Arbeitern erwartet. Als er die Ergebnisse lobend verkündet, unterbrechen die Arbeiter seine Rede mit Pfiffen und wiederholten Sprechchören wie "Gouvernement Populaire" ("Volksregierung"). Auf diese Weise bringen sie zum Ausdruck, daß sie ihre Macht in

Marx, Engels, Lenin und Trotzki hatten unzählige Male dargelegt, daß eine vorrevolutionäre oder revolutionäre Situation nicht ewig bestehen kann - sondern nur für Tage, Wochen oder höchstens wenige Monate. Entweder - oder, so heißt dann die Alternative; entweder siegt die Revolution, weil die Führung der Arbeiterklasse die Kämpfe koordiniert und die Kapitalisten entmachtet. Oder die herrschende Klasse kann binnen kurzer Zeit die Oberhand behalten - was meistens eine brutale und blutige Konterrevolution bedeutet, weil die Massen nicht ewig die höchste Anspannung ihrer Kräfte durchhalten können. Neue revolutionäre Situationen, einmal verpaßt, können dann Jahrzehnte auf sich warten lassen.

Der französische Mai war geprägt durch eine doppelte Machtllosigkeit: die Konterrevolution war wochenlang gelähmt - die Revolution ebenso, weil sie keine entsprechende Führung hatte.

Revolutionäre Führung

Warum haben sich die Arbeiter dann nicht einfach eine neue Führung gewählt? Wenn dies so einfach wäre, dann wäre der Kapitalismus schon längst weltweit gestürzt. Parteien mit Massenunterstützung und ihre Führung entstehen nicht über Nacht. Sie bilden sich in einer langen Kette von Einzelkämpfen, Zusammenstößen



Plakat aus dem Mai 68:  
"Wählen ändert gar nichts - der Kampf geht weiter!"

Betrieben, Gesellschaft und Staat herstellen wollten.

Ein Renault-Arbeiter schildert einige Jahre später seine Erfahrungen: "Wir wollten alles verändern, und wir hatten schon fast alles verändert... Wir wollten nicht mehr Löhne von den Kapitalisten - wir wollten die Fabriken ohne Kapitalisten. Die Lohnfrage hätten wir dann schon irgendwie geregelt. Wir wollten nicht ein größeres Stück Kuchen, wir wollten die ganze Bäckerei haben... Es war eine Revolution ja eine Revolution, und wir dachten, die Kommunistische Partei würde uns anführen. Sie wollte jedoch gar keine Revolution."

Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiter. Sie verkörperte die Hoffnungen der Massen auf eine Veränderung. Die Parteiführung gebrauchte ihre Autorität jedoch nur für ein Ziel: zum Bremsen, Abwiegen und Kanalisieren der spontanen Bewegung in sichere Bahnen. Die Zusage zu Stimmzetteln und Wahlen zum bürgerlichen Parlament war während des Generalstreiks ein konterrevolutionärer Akt - waren doch 11 Millionen Lohnabhängige auf den Straßen!

Doppelherrschaft - Doppelmachtllosigkeit



Plakat aus dem Mai 68:  
"Nein!"

zwischen den Klassen, inneren Reibungen und Auseinandersetzungen heraus. Einmal entstanden, erstickt und anerkannt, können sie sich auf eine tief ausgeprägte Loyalität der Massen stützen - gleichgültig wie groß ihre augenblicklichen Fehler oder sogar ihr offensichtlicher Verrat ihrer Grundziele auch sein mögen; Eine neue revolutionäre Massenpartei kann nur entstehen, wenn ein großer historischer Schock die Untauglichkeit der alten, traditionellen Massenorganisationen enthüllt hat. Und sie wird auch dann nicht automatisch entstehen; sondern nur, wenn sie im Keime bereits vorhanden ist.



Wahlsieg von de Gaulle

Am 30. Mai kehrte ein auf fast wundersame Weise verwandelter de Gaulle nach Paris zurück. Die Wende begann.

De Gaulle's Fernsehansprache verkündet; sofortige Auflösung der Nationalversammlung, Neuwahlen für Ende Juni. Die KP-Führung stimmte begeistert zu. Es folgte eine üble Hetzkampagne gegen die "Roten", gegen "die Bedrohung durch eine totalitäre Diktatur". Die ersten Betriebe hörten auf zu streiken. Die Bewegung bröckelt ab. Die Perspektive fehlt.

Erst jetzt schöpft die herrschende Klasse den Mut zum Gegenangriff und wenden sich die Mittelschichten wieder dem "rechtmäßigen" Besitzer der Macht zu.

Panzer und Truppen formieren sich um Paris. Eine rechte Demonstration mobilisiert eine Millionen Teilnehmer aus ganz Frankreich.

Eine allmähliche Rückkehr an die Arbeit, unterstützt von KP- und Gewerkschaftsführung, setzt ein. Nur einzelne Belegschaften harren aus. Diese werden jedoch mit polizeilichen und militärischen Räumungsaktionen aus ihren besetzten Fabriken vertrieben. Vereinzelt kommt es

LA LUTTE CONTINUE



SOCHAUX

Plakat aus dem Mai 68:  
"Der Kampf geht weiter! Peugen! Werk in Sochaux"

dabei sogar zu Todesopfern. Entlassungen von Streikführern und eine regelrechte Hexenjagd auf die "Rädelsführer" beginnt. Einige linke Gruppierungen werden verboten, ihre Führer verhaftet.

Die Gaullisten gewinnen die Wahlen - mit einem Zuwachs von einer Millionen Stimmen. Kommunisten und Sozialisten verlieren erheblich Stimmen - die kleinere, aber radikalere linkssozialistische PSU gewinnt jedoch 400.000 Stimmen dazu.

Die Folgen des Mai 1968

Die ausgehandelten Lohnerhöhungen waren innerhalb eines Jahres von der Inflation wieder aufgefressen. War Frankreich wieder zur alten Normalität, zur alten Tagesordnung zurückgekehrt?

Nicht ganz. Die ehemals katholische Gewerkschaft CFDT, während der Maiereignisse radikaler im Auftreten und nicht so bürokratisch verkrustet, zieht in den folgenden Monaten Hunderttausende vor allem jüngere Arbeiter in ihre Reihen. Im Mai 1970 setzen die Delegierten des 35. CFDT-Kongresses mit großer Mehrheit ein neues Grundsatzzprogramm durch, das eine "sozialistische Gesellschaft", "Selbstverwaltung der Betriebe", "gesellschaftliches Eigentum der Produktions- und Austauschmittel", "demokratische Planung", "beschleunigten Klassenkampf" und die "Eroberung der politischen Macht auf der Ebene des Staates" zum Ziel steckt.

Aus der CFDT heraus kommt es zur Neubebildung der französischen Sozialisten. Im Juni 1971 schlägt sich dies in ihrer Neuformierung als "Sozialistische Partei Frankreichs" nieder. In den folgenden Jahren überholt sie die KPF an Stärke, weil viele Arbeiter, vor allem die junge Generation, nach einer neuen Alternative suchen.

Der sozialistische Parteiführer Mitterand ist inzwischen seit zwei Jahren an der Macht. Die Arbeiter Frankreichs haben mit ihrem Stimmzettel "Sozialismus" gewählt - klar und mit eindeutiger Mehrheit. Aber Mitterands Sparpolitik auf Kosten der Arbeiter führt wieder zur vorübergehenden Enttäuschung breiter Wählerschichten. Gleichzeitig steht aber auch eine erneute Radikalisierung und Polarisierung innerhalb der Sozialistischen Partei ein. Nur wenn die französischen Marxisten es verstehen, für ihr Programm beim linken Flügel der SP einen breiten Rückhalt zu finden, wird ein neuer Anlauf der sozialistischen Revolution in Frankreich siegen.

Kurzfassung

HINWEIS: Kommentar zu den aktuellen Ereignissen in Frankreich auf Seite 2.

Frankreich: „reformsozialistisches“ Experiment mißglückt

# Weder Sozialismus noch Reformen

## Überführung der Wirtschaft in Arbeiterverwaltung nötig

In 3 Jahren kann sich vieles ändern.

Im Sommer '81 waren die Straßen von Paris überfüllt von Arbeitern, die mit Musik und Hochrufen den Sieg der Linken feierten. Heute gehen die Arbeiter wieder auf die Straße, aber diesmal aus Opposition zu Mitterrand.

Nicht die Arbeiter, sondern ihre Führer haben die sozialistischen Ideen aufgegeben. Die französische Linke hatte in ihrem Reformprogramm Verstaatlichungen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, höhere Löhne und Renten gefordert. Von diesen sozialistischen Forderungen wurde niemand abgeschreckt. Im Gegenteil; große Teile der Mittelklasse und die rückständigen Schichten der Arbeiterklasse wurden von der Begeisterung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft mitgerissen. So konnten die linken Parteien eine massive 65%ige Mehrheit bei den Parlamentswahlen gewinnen. Das Programm der SP wurde damals von vielen europäischen Sozialisten als Vorbild betrachtet.

Denn Mitterrand hatte ohne Zögern mit der Einlösung seiner Wahlversprechen begonnen. Es ist bemerkenswert, daß ein noch größerer Teil der Mittelschichten nicht abgeschreckt wurde, sondern im Gegenteil von der Entschlossenheit und dem Selbstvertrauen der Linken angezogen wurde. Die linke Mehrheit gewann noch einmal dazu.

Das war ein harter Schlag für die herrschende Klasse. Die trickreiche Verfassung, die die Gaulle sich ausgedacht hatte, um einen Sieg der Linken zu verhindern, konnte die Arbeiter nicht stoppen. Die kapitalistischen Politiker mobilisierten das ganze ihnen zur Verfügung stehende Stimmenpotential, aber auch das konnte sie nicht retten.

Die Linke gewann die Präsidentschaftswahlen, die Wahlen zur Nationalversammlung und erhielt die Mehrheit in den meisten Stadträten. Vollständig demoralisiert füllten hunderte von Geschäftsleuten ihre Koffer mit Francs und flohen in die Schweiz. Das war die Gelegenheit, die gesamte Arbeiterklasse und ihre Verbündeten für die friedliche sozialistische Umwandlung zu mobilisieren. Aber die Sozialistisch Partei verschänkte die Gelegenheit.

Sie versuchte, durch Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems die wirtschaftliche Krise zu beenden, den Lebensstandard der Arbeiter zu heben und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es ist wahr, daß Gewerkschaften und Arbeiterparteien seit dem zweiten Weltkrieg viele Reformen und soziale Verbesserungen durchgesetzt haben. Genauso wahr ist es, daß die Arbeiter immer noch Verbesserungen durchsetzen können, wenn ihre Kampfkraft mobilisiert wird. Das hat der Kampf um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland mit dem Resultat der 38,5 Stundenwoche bewiesen.

### Aufschwung vorbei

Aber die Tage der automatisch ansteigenden Verbesserungen sind für immer vorbei. Das war möglich, als die kapitalistische Wirtschaft blühte. In den achtziger Jahren, der Epoche des kapitalistischen Niedergangs, muß jede in der Vergangenheit erkämpfte Reform gegen die Angriffe der Unternehmer verteidigt werden.

Sogar im augenblicklichen „Boom“ steigt die Arbeitslosigkeit, und der Lebensstandard

stagniert. Alles, was der Kapitalismus uns jetzt noch anbieten kann, sind Massenarbeitslosigkeit und Kürzungen der Sozialleistungen mit kleinen, schwachen „Booms“ und immer länger werdenden, tiefen Rezessionen. Die Arbeitslosigkeit in Europa wird sich von 17,8 Millionen (10,5%) im Jahre 1983 bis auf 20 Millionen (11,5%) bis 1985 erhöhen.

Wie die Führung der Jusos und des linken SPD-Flügels hielt Mitterrand es für möglich, Frankreich durch staatliche Nachfragesteigerung aus der weltweiten wirtschaftlichen Rezession herauszuhalten. Eine Finanzpolitik der Staatsverschuldung sollte der Industrie Anreize bieten: Zuerst sollte durch höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen mehr Geld in die Taschen der Konsumenten fließen, um die Kaufkraft zu erhöhen. Als zweites sollten die Banken und ein Schlüsselunternehmen in jedem Industriezweig beispielgebend für alle anderen verstaatlicht werden.

### Untaugliche Rezepte

Während die rechte Führung der europäischen sozialistischen Parteien die Logik des Kapitalismus versteht und die Notwendigkeit akzeptiert, die Profite auf Kosten der Arbeiter zu sichern, haben die Führer der linken Flügel dieselbe Illusion in die Politik der staatlichen Nachfrageankurbelung wie ihre französischen Genossen vor drei Jahren. Die Frage ist einfach die: Wenn so wirklich die Probleme dieses Systems gelöst werden könnten, warum schlagen es die Kapitalisten denn nicht selber vor?

Diese Wirtschaftspolitik führt zwangsläufig zu steigender Inflation. Die gestiegene Kaufkraft der Arbeiter durch Lohn- und Rentenerhöhungen ließ zwar die Nachfrage 1981 bis 1982 anwachsen, aber die Bosse weigerten sich, zu investieren und die Produktion zu erweitern. So wurde die Nachfrage durch vermehrte Importe befriedigt. Das wiederum führte zu einem riesigen Haushaltsdefizit. Durch die hohe Importquote wird das Geld aus dem Land gezogen. Deshalb drückte die Regierung mehr und trieb so die Inflation in die Höhe. Um die Importe zu stoppen, wurde der Franc dreimal abgewertet. Das trieb die Inflation noch mehr in die Höhe. Sie ist immer noch dreimal höher als in der BRD und macht damit französische Waren auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig.

Die französische Linke wollte die Löhne der Arbeiter erhöhen und die Bosse für diese Reform durch höhere Steuern zahlen lassen. So weit, so gut. Aber sie vergaß, daß Profit die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse ist. Wenn man den Anteil derjenigen am Nationaleinkommen vergrößert, die es brauchen — Arbeiter, Alte, Kranke, Arme — kürzt man gleichzeitig den Anteil der Kapitalisten. Und die sind wirklich keine barmherzigen Samariter!



Demonstrierende Bergarbeiter: Enttäuschung breitet sich aus

kurrenzfähig.

Es war naiv zu erwarten, daß die herrschende Klasse den demokratischen Willen der Mehrheit akzeptieren würde, die Mitterrand ein Mandat für eine sozialistische Veränderung gegeben hatte. Es war naiv zu erwarten, daß sie gegen ihr eigenes Klasseninteresse handeln würde. Genauso utopisch und unverantwortlich war die Erwartung, daß sie ihre Kontrolle über die Wirtschaft nicht nutzen würden, um das sozialistische Experiment einer allmählichen Beseitigung des Kapitalismus zu boykottieren. Weshalb sollte das Kapital auch bei seiner eigenen Vernichtung mithelfen?

Aber anstatt die geldgerigen und demokratischen Maschinen der Kapitalisten aufzudecken und die Industrie in die Hände derjenigen zu geben, die die Regierung unterstützen — nämlich in die Hände der Arbeiter, Bauern und kleinen Geschäftsleute — ist Mitterrand zu Kreuze gekrochen. Die Profitverluste die durch die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter verursacht worden waren, wurden vom Staat wieder ausgeglichen. Den Bossen sind hohe Subventionen für die Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte gezahlt worden.

Trotzdem investierten sie nicht. Gleich zu Beginn sabotierten die Unternehmer die Pläne der linken Regierung mit einem Kapitalstreik. Die Nationalisierung der Banken ist vorgeschlagen worden, um dem Staat gro-

ßere finanzielle Mittel für weitere Investitionsanreize in die Hand zu geben. Aber wenn man die Industrie nicht besitzt und kontrolliert, kann man auch kein Kapital in sie hineinzwängen.

Die Kapitalisten können nicht zu Investitionen gezwungen werden — das ist der springende Punkt in der „freien Marktwirtschaft“: es sind ihr Geld, ihre Fabriken, ihre Arbeiter und ihre Entscheidungen. Die französischen Reformisten verstehen die Investitionsunwilligkeit der Kapitalisten nicht. Doch warum sollten die Unternehmer investieren, wenn der Markt schon bei 80% Kapazitätsauslastung gesättigt ist?

### Scheideweg

Die Regierung war nun vor die Wahl gestellt: Entweder setzt sie ihr volles Reformprogramm durch, indem sie gegen die Unternehmer kämpft, die Monopole verstaatlicht, unter demokratischer Arbeiterkontrolle stellt und einen sozialistischen Produktionsplan entwickelt — oder sie unterwirft sich der Unternehmerdiktatur. Und diesen zweiten Weg wählte Mitterrand.

Der Versuch, einen kleinen Teil der Industrie zu verstaatlichen und so die übrige Wirtschaft zu beeinflussen, ist gescheitert — und die Arbeiter müssen bezahlen. Infolgedessen erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 30.000 jeden Monat und wird bald 2,6 Millionen erreichen. Die Hälfte der 57.000 Bergarbeiter wird ihre Arbeit verlieren. Anstatt, wie versprochen, die Kohlförderung um ein Drittel auf 30 Millionen Tonnen bis 1990 zu erhöhen, wird sie auf 10 Millionen Tonnen gesenkt. Ein Viertel der Jobs im Schiffsbau werden verschwinden, in der Textil-, Gummi- und Zelluloseproduktion werden Arbeiter entlassen.

Citroen hat 6.000 Entlassungen angekündigt, Renault 3.500. Jeden Tag berichten die Zeitun-

gen über die Zerstörung von mehr Arbeitsplätzen. Aber die größte Wende wurde in der Stahlindustrie vollzogen. Unter der Rechtsregierung der letzten zehn Jahre verloren 40.000 Stahlarbeiter alleine in Lothringen ihre Arbeitsplätze. Diese Stahlarbeiter unterstützten daher begeistert Mitterands Pläne, bis 1990 die Produktion auf 24 Millionen Tonnen zu erhöhen.

Dieses Versprechen hielt Mitterrand jedoch nicht. Die Produktion bleibt bei 16 Millionen Tonnen — aber mit 30.000 Arbeitern weniger. Sofort riefen die Stahlarbeiter einen Streik aus und marschierten auf Paris. Ein Generalstreik legte Lothringen völlig lahm, während wütende Arbeiter Barrikaden bauten, die Eisenbahnen blockierten und die Büros der Stahlwerke niederbrannten. Aber das ist erst der Anfang. In allen bedrohten Industrien herrscht große Wut unter den Arbeitern, und sie bereiten Demonstrationen und Streiks vor, um ihre Arbeitsplätze zu retten.

Die Regierung hat ihre Anhänger enttäuscht und die Mittelschichten abgestoßen. Die Wirtschaftspolitik ist heute dieselbe wie die von Kohl, Thatcher und Reagan: Abbau der Staatsverschuldung, Kürzungen, Angriffe auf den Lebensstandard.

### Sparhaushalt

In Frankreich werden nächstes Jahr die Regierungsausgaben um 2% gekürzt, öffentliche Investitionen um 10%, während die Inflation 7% erreicht. Der Etat für Verkehrsinvestitionen wird um 8% gekürzt, der für Bildung um 12,6% und der für Forschung um 4%. Nur bei der Rüstung wird nicht gespart. Und warum schließen Schulen, werden Busfahrer entlassen und mehr Arbeitsplätze vernichtet? Um den Reichen Steuergeschenke von 40 Milliarden Franc zu machen.

Der letzte französische Haushaltsplan vom September spiegelt den Rechtsschwenk der Sozialistischen Partei wieder: Ein brutaler Sparhaushalt, wie er von Thatcher oder Stollenberg nicht besser hätte erdacht werden können. Er enthält die größte Kürzung im öffentlichen Sektor seit den dreißiger Jahren. Konzessionen an die großen Unternehmer werden mit Kürzungen in den Sozialleistungen bezahlt. Zusätzlich wird der Reallohn der Arbeiter im öffentlichen Dienst und der Lehrer in diesem Jahr nicht steigen, und Tausende werden ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Haushaltsplan „schenkt“ den Arbeitern eine Senkung der Einkommensteuer — und nimmt ihnen mehr Geld durch eine 25%ige Erhöhung der Telefongebühren und einen Aufschlag von 40 Centimes auf den Liter Benzin. Im Kapitalismus haben die Reformisten nichts als Reformabbau anzubieten.

### Reformismus ohne Reformen

Die Kürzungen der Realflöhe bei den Unternehmern sollen angeblich die Inflation eindämmen, haben aber nur den Effekt, die Profite anzuhoben. Da die Lohnleitlinie der Regierung in diesem Jahr respektiert worden ist — es gab keine Abschlässe über 5% (Die Inflation beträgt 7-8% BK) —, konnten sich die Unternehmerrgewinne leicht erholen.“ (Commerzbank). In diesem

Jahr erhöhen die Unternehmer die Investitionen nur um 1%, nach einem Rückgang um 4% im letzten Jahr.

Die Kürzungen der Reallohne und der Staatsausgaben werden die wirtschaftlichen Probleme weiter verschlimmern, denn die Herrschenden stecken in einem unförslichen Dilemma. Die Streichungen von Staatsausgaben erhohen zeitweilig die Profite, doch auf Kosten der Verengung des Marktes, und somit untergraben sie auf längere Sicht die Rentabilität. Auf der anderen Seite würden erhöhte Staatsausgaben und eine Anhebung des Lebensstandards der Massen den Anteil der Kapitalisten direkt schmälern. In beiden Fällen gehen die Investitionen, die der Schlüssel zum wirtschaftlichen Aufschwung sind, zurück.

Reformabbau in Europa

Nicht nur in Frankreich, in jedem Land ist eine Wirtschaftspolitik wie in der Vergangenheit nicht mehr möglich. In der Zeit der weitestweit kapitalistischen Krise besteht nur die Wahl zwischen Massenarbeitslosigkeit, Reformabbau und weiteren Angriffen auf den Lebensstandard, oder einer sozialistisch geplanten Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Die Führungen der europäischen sozialistischen Parteien haben sich für's erste entschieden. Daher kommt es, daß in Schweden die regierenden Sozialdemokraten und die Unternehmer gemeinsam Lohnbeschränkungen erzwingen wollen, während die Inflation steigt. In Italien sind die Sozialisten in einer Koalition mit den korrupten Christlichen Demokraten und vernichten Stahlarbeitsplätze, kämpfen gegen die Hafenarbeiter in Genua und wollen die gleitende Lohnskala, die die Reallohne vor der Entwertung durch die Inflation schützt, einschränken. Soares' sozialistische Regierung in Portugal setzt jetzt ein Kürzungsprogramm durch, mit dem die kapitalistischen Parteien gescheitert wären.

Das vielleicht schlimmste Beispiel findet man in Spanien. Die dort regierenden Sozialisten haben ihr Wahlprogramm, in dem sie 800.000 neue Arbeitsplätze versprochen hatten, aufgegeben. Stattdessen sollen nun 200.000 vernichtet werden; 10.000 der 36.000 Arbeitsplätze im Stahlbereich werden gestrichen.

Mitterrand hat nichts aus dem Schicksal der Schmidt- und Callaghan-Regierungen gelernt. Durch ihre Kürzungspolitik bereiteten sie den Boden für eine rechte Regierung, die nun gestärkt und rücksichtlos die Arbeiterbewegung angreift. Die französische KP ist schon unter den wachsenden Druck von unten gekommen, gegen die Entlassungen und Kürzungen zu stimmen. Mitterrand beließ sie lange im Kabinett, um sie als Aufpasser für die kommunistische Gewerkschaft CGT zu benutzen, und um nicht als Alleinschuldiger dazustehen.

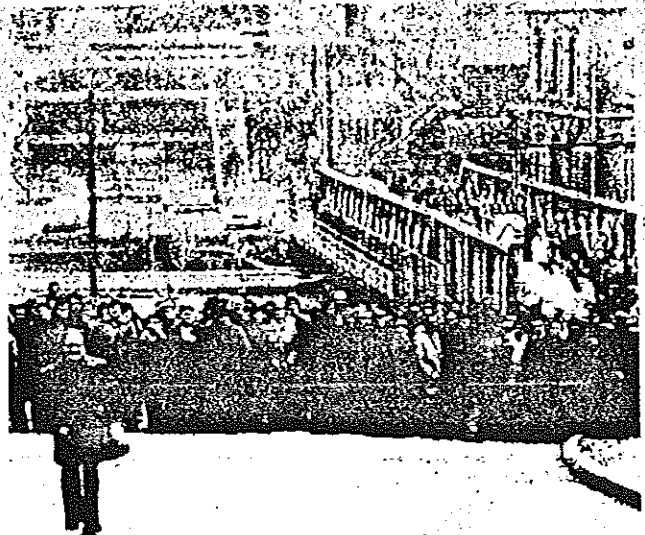
Als Ergebnis ist die Unterstützung für die Kommunisten im Lande von 15% auf 10-12% gefallen; vor zwanzig Jahren hatte sie noch Rückhalt bei einem Viertel der Bevölkerung. Aber dieses Wohlwollen verspielte sie durch eine Mischung aus Opportunismus (die Sozialisten wuchsen, weil ihr Programm linker war als das der KP), blinder Unterwerfung unter die Moskauer stalinistische Bürokratie, Ausschlüsse von kritischen Elementen und Rassismus.

Wenn die KP gegen die Politik von Mitterrand eine konsequente Kampagne organisieren würde, wäre sie schnell zum Sammelbecken aller unzufriedenen Arbeiter geworden, die ihre Arbeitsplätze verteidigen. Aber sie hat Angst, eine solche Massenbewegung zu führen, die klar die Machtfrage stellen würde. Wie während des Generalstreiks '88, als die Arbeiter die Macht fast in der Hand hielten, haben die reformistischen KP-Führer Angst vor der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft. Sie sagen, sie verteidigen nur die Politik, auf die die Linke sich vor drei Jahren geeinigt hat. Mitterrand ginge jedoch nach rechts. Aber sie erklären nicht, warum diese Politik fehlschlagen ist.

Politik der KPF

Die KP-Minister versuchen zynisch und heuchlerisch, sich von der Anti-Arbeiterpolitik der Koalitionsregierung zu distanzieren, aber gleichzeitig ihre Ministerposten zu behalten. Sie marschierten an einem Tag auf Demonstrationen mit den wütenden Stahlarbeitern gegen die Entlassungspläne der Regierung, um ihnen am nächsten Tag im Kabinett zuzustimmen.

Aber Wut und Unruhe an der Basis zwangen die KP-Führung, ihre Ministerposten aufzugeben.



Demonstration gegen die Regierung in Paris

Und das Zentralkomitee ersetzte eine „einstimmige“ Entscheidung, in der Regierung zu bleiben, durch eine „einstimmige“ Entscheidung, sie zu verlassen.

Die Rolle der KP-Führer ist veräterisch gewesen. Zwar hat die rechte SP-Führung ihre Reform aufgegeben, aber sie war dazu nur in der Lage, weil die KP sich weigerte, die aktive Opposition der Arbeiter zu mobilisieren. Durch ihre Rolle als Wächter über die CGT haben die KP-Führer die Stahlarbeiter, Bergarbeiter, Automobilarbeiter usw. voneinander isoliert und erfolgreiche Proteste verhindert. Dadurch konnten die Einzelkämpfe nach und nach niedergeschlagen werden.

Die Niederlagen haben bis zu einem gewissen Ausmaß Teile der Arbeiterklasse geschwächt und demoralisiert. Auf dem politischen Feld hat das zu einer massenhaften Wahlenthaltung geführt. Bei einer Wahl im September wurde Giscard d'Estaing aufgrund einer 45% Wahlenthaltung — hauptsächlich in SP- und KP-Hochburgen — gewählt. Aber die KP und die CGT werden keine andere Wahl haben als — halbherzig — die Führung in den bald anstehenden Kämpfen der Metallarbeiter, Renaultarbeiter (dort drohen wiederum 20.000 Entlassungen!) usw. zu übernehmen. Wären sie Marxisten, würden sie alle diese industriellen Kämpfe verbinden, und mit einem sozialistischen Programm ihren Kurs zu ändern.

Umwandlung

Wegen der Unfähigkeit der Führung beider Parteien wird die Linke wahrscheinlich die nächste Wahl verlieren. Die klugen, zynischen Tricks dieser „praktischen, realistischen“ Politiker, die dazu dienen sollen zum Beispiel durch Einkommenssteuerermäßigungen: die Unterstützung der Mittelschichten zu gewinnen, und dann sechs Monate vor der Wahl den Arbeitern ein paar Reformen zuzugestehen, werden niemanden überzeugen. Aber dieses Versagen der Führung wird zu Aufständen an der Basis führen.

In beiden Parteien wird ein Prozeß der Umwandlung stattfinden, wenn die Arbeiterbasis nach einer echten sozialistischen Lösung der Krise sucht und nach einer neuen Führung, die diese entschlossen in die Praxis umsetzt. Die Mitglieder werden sich instinktiv den Ideen zuwenden, die Grundlage beim Aufbau dieser Parteien waren, und das sind die Ideen des Marxismus.

Die SP hat heute eine Mehrheit im Parlament, und sie hat die Präsidentschaft. Aber sie kontrolliert den Staatsapparat nicht

— den kontrolliert noch die herrschende Klasse. Eines Tages werden auch die europäischen Kapitalisten ihre demokratische Maske fallen lassen, und versuchen, diktatorisch zu herrschen. Allerdings nur als letzte Rettung vor einer revolutionären Bewegung.

Das heißt nicht, daß die Kapitalisten ohne weiteres zu diktatorischen Regierungsformen übergehen können. Dies hängt vom Kräfteverhältnis der Klassen ab. Während die herrschende Klasse in den 20er und 30er Jahren relativ schnell die Demokratie fallen ließ, und schließlich sogar faschistische Bewegungen aufbaute, muß sie heute vorsichtig sein. Die Arbeiterklasse bildet heute die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft.

Die Mittelschichten — die traditionelle Basis der Reaktion — gingen durch die weitere Industrialisierung, Monopolisierung und Konzentration von Unternehmen und Banken stark zurück. Nur 2% der Bevölkerung Frankreichs sind heute noch Bauern. Die Zahl der Bauern in der BRD sank um 50% von 1,2 Millionen 1960 auf 573 000 1977, und die Gesamtzahl der Selbständigen sank um 1/4 von 3,3 auf 2,4 Millionen. Deswegen gibt es keine Massenbasis für eine große faschistische Bewegung mehr.

Grenzen der Reaktion

Seit dem Wahlsieg der sozialistischen PASOK 1981 hat es in Griechenland noch keinen ernsthaften Putschversuch gegeben. Auch in Portugal konnte die Reaktion seit der Revolution 1974/75 trotz aller Rückschläge für die Arbeiter nicht zu einer Militärherrschaft zurückkehren. Die spanische Bourgeoisie stoppte Tejeros Putschversuch 1980 nach ein paar Stunden Schießerei im Parlament. In den letzten zwanzig Jahren hat es in Italien eine ganze Reihe Putschvorbereitungen gegeben, die jedoch in letzter Minute abgebrochen wurden. Warum? Weil die Kapitalisten die Stärke der Arbeiterklasse erkennen.

Ein verfrühter Putsch würde zu einer revolutionären Erwiderrung seitens der Arbeiter führen, um ihre demokratischen Rechte zu verteidigen. Die Generale könnten dann nur zu einem blutigen Bürgerkrieg übergehen, dessen Ausgang allerdings sehr ungewiß wäre. Doch trotz aller Kampfbereitschaft der Arbeiter, die von den Strategen der Bourgeoisie sehr ernst genommen wird, stehen in den nächsten Jahren Niederlagen und Rückschläge an, wenn diese Kämpfe nicht durch eine konsequente marxistische Führung zur revolutionären Umwälzung des Systems gebündelt werden.

Solange die Führer der Arbeiterorganisationen utopischen Reformideen nachhängen, werden sich die Kämpfe hinziehen, bis die Gesellschaft vor der unvermeidlichen Alternative steht: entweder blutige Reaktion und Diktatur oder sozialistische Revolution. Das heißt, die Arbeiterklasse wird mit einem Jahrzehnt oder mehr der Angriffe, der Armut und des Elends für die Unfähigkeit ihrer jetzigen Führer bezahlen. Die jungen Aktivisten der Gewerkschaften und Arbeiterparteien sollten jede Gelegenheit dieses langgezogenen Kampfes nutzen, um eine kämpferische marxistische Führung aufzubauen, die allein den Sieg garantieren könnte.

Lehren

Die Lehre für die SPD ist klar: sie kann eine absolute Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl erhalten; aber nur, wenn sie den Enthusiasmus der Arbeiter und Jugendlichen weckt mit einem Reformprogramm, das wirklich den Lebensstandard erhöht, die Kürzungen rückgängig macht und die Probleme der Arbeitslosigkeit löst. Das bedeutet einen Bruch mit der Politik der Schmidt-Regierung. Ein solches Programm kann nicht eingeführt werden, ohne daß die zu erwartende Wirtschaftsabsotage verhindert und das Profitsystem abgeschafft wird. Das ist nur möglich, wenn die Banken und die 200 größten Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle verstaatlicht werden. Soll eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe wie in der Weimarer Republik verhindert werden, muß dieses Programm ganz durchgesetzt werden — ohne Halbheiten, die letztlich nur dem Unternehmer helfen und für die die Arbeiter bezahlen müssen.

Brent Kennedy, Köln SPD-Mitglied

„L'Avance Socialiste“, Zeitung der Marxisten in der SP Bestellungen an:

L'AVANCE SOCIALISTE BOITE POSTALE No.70 75662 PARIS Cedex 14.



Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Longwy

M



Die französischen Arbeiter haben eine reiche Tradition. Immer wieder versuchen sie, den Sozialismus zu erkämpfen — was fehlt, ist eine kompromittlose Führung.



## Frankreich 1936

# Volkfrontregierung

Vor fünfzig Jahren, im April 1936, kam in Frankreich die Volksfrontregierung, d.h. ein Bündnis aus Arbeiterpartei und bürgerlicher Partei, getragen von einer Welle zugespitzter Klassenkämpfe, an die Macht. Die sozialistische Partei (SFIO) unter ihrem Vorsitzenden Leon Blum besaß darin die absolute Mehrheit. Viele Erwartungen und Hoffnungen waren mit diesem Sieg verknüpft. Sie sollte Frankreich aus der politischen und wirtschaftlichen Krise führen und die faschistische Gefahr bannen.

Der Sieg der Volksfront muß vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, der zunehmenden Angriffe von Kapital und Reaktion und der Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse im internationalen Maßstab gesehen werden. In mehreren europäischen Ländern war die Reaktion auf dem Vormarsch, nachdem die Führung der Arbeiterorganisationen ihre Chance verpatet hatte.

Auch in Frankreich verschlimmerten sich die politischen und wirtschaftlichen Zustände von 1932-34. Fünf parlamentarische Regierungen wurden gestürzt und jeweils unter einem bürgerlichen Staatspräsidenten der sogenannten Radikalsozialistischen Partei neugebildet. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich auf die Straße. Die faschistischen Verbände wuchsen, allen voran der von de la Roque geführte Frontkämpferverband Croix de Feu. Die meisten Anhänger fand er im verarmenden städtischen Kleinbürgertum.

### 6. 2. 1934 — faschistischer Staatsstreichversuch

Einen Finanzskandal im Januar 1934 nahmen die Faschisten zum Anlaß, den Staatsstreich zu wagen. Der Angriff auf das Parlament am sechsten Februar wurde von der Polizei abgewehrt. Doch die faschistischen Verbände bewaffneten und bereiteten sich weiter vor.

Die Arbeiter antworteten auf die Gefahr mit einer Welle von Streiks im Frühjahr 34. In der Führung ihrer Organisationen (außer der SFIO und der KP die sozialistisch orientierte Gewerkschaft CGT und die kommunistisch orientierte CGTU) hatte bis dahin Pessimismus vorgeherrschet. Klassenkampf sei in Frankreich auf Grund des starken Kleinbürgertums nicht möglich, behauptete Renaudel für den rechten Flügel.

Dabei war das französische Kleinbürgertum zu entscheidenden Teilen 1934 noch nicht aktiv faschistisch. Diese Schichten hatten ihr Vertrauen in den Parlamentarismus und die „Radikalsozialistische Partei“ verloren, die sie als ihre Vertretung betrachteten. Aber deshalb brauchten sie nicht automatisch zu den reaktionären oder faschistischen Parteien überzugehen.

Die Arbeiterparteien hatten die Chance, sie für ein Programm der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen zu gewinnen. Alles kam nach dem 6. Februar auf ihre Haltung an.

### Zick-Zacks der KP

Nicht die Arbeiterparteien, sondern die CGT rief zur Organisierung des antifaschistischen Gegenstoßes auf. Ein für den 12. Februar ausgerufenen Generalstreik wurde trotz schwankender Haltung der KP von Anhängern beider Parteien massenhaft (allein in Paris eine Million), aber auch von Beamten, Lehrern etc. befolgt.

Die KP betrieb eine undurchschaubare Schaukelpolitik. Einerseits unterstützte sie die Position der Komintern und diffamierte die sozialistische Partei als „sozialfaschistisch“. Unter dem Druck ihrer Basis war die KP-Führung jedoch gleichzeitig zu einer Annäherung an die SFIO gezwungen, was schließlich im Januar 1936 zur gegenseitigen Wahlunterstützung und einem gemeinsamen Wahlprogramm mit der SFIO und sogar mit den bürgerlichen „Radikalsozialisten“ führte.

Im April 1936 eroberte dieses Volksfrontbündnis auf Anhieb die absolute Mehrheit, nämlich 334 von 618 Sitzen. Die KP unterstützte die Volksfrontregierung durch parlamentarische Zusammenarbeit. Die Volksfront wurde von den Arbeiterparteien als Defensivbündnis betrachtet. Das gemeinsame Programm ging aus Rücksicht auf den bürgerlichen Bündnispartner nicht über Tagesforderungen hinaus.

Eine marxistische Partei hätte erklären müssen, daß in einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise Reformen nicht mehr dauerhaft möglich sind. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist der einzige Weg aus der Krise und bietet die einzige Möglichkeit, darauf eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Nur mit der Durchsetzung dieses Programms ist die Unterstützung der Mittelschichten zu halten.

### Erneute Streikwelle

Die Arbeiter und politisierten Kleinbürger haben den Sieg der Volksfront als Auftakt zur Offensive gegen die faschistische Gefahr und ihre materielle Grundlage, den Kapitalismus, verstanden. Denn: Zwischen 1931 und 1936 waren die Löhne um 30% gesunken.

Nachdem am 25. Mai 1936 in Paris 500.000 Arbeiter für die Durchsetzung der Reformversprechen (z.B. die 40-Stundenwoche) demonstrierten, breitete sich von Paris ausgehend eine riesige Streikwelle aus. In der letzten Mai- und den beiden ersten Juniwochen nahmen über drei Millionen Arbeiter daran teil. Dabei waren zu dem Zeitpunkt nur 1,2 Millionen Arbeiter im Gewerkschaften organisiert (d.h. 20%

der Arbeiterschaft).

Neue Methoden wie Sitzstreiks und Betriebsbesetzungen wurden ausprobiert. Der Wahlsieg der Volksfront hatte den Arbeitern das Vertrauen gegeben, die Macht der Unternehmer zu brechen. Der Einsatz von Polizei wurde in den Fabriken nicht mehr gewagt (Times 28.5.)

Die Gewerkschaften erleben einen Zustrom von einer Million Mitgliedern im März 36 auf 5 Millionen im März 37. Doch die Kampfbereitschaft der Arbeiter allein genügt nicht. Ihre Organisationen müssen darauf vorbereitet sein, die Kämpfe zu koordinieren und mit den richtigen politischen Schritten voranzutreiben.

Im Juni 1936 schreckten KP und SFIO-Führung jedoch vor jeder weitreichenden Forderung zurück. Ein organisierter Aufbau der entstandenen Streik- und lokalen Aktionskomitees zu einer Regierung wäre der richtige Weg zur Machteroberung gewesen. Der Druck an der Basis war so groß, daß in der SFIO mit Pivert ein linker Flügel mit Massenunterstützung ent-

## Frankreich 1968

# Eine revolutionäre Möglichkeit

Ausgangspunkt der größten Bewegung in Frankreich nach dem 2. Weltkrieg waren die Demonstrationen am 1. Mai 1968. Arbeiter, Angestellte und Studenten nahmen sie zum Anlaß, ihre Unzufriedenheit mit dem De Gaulle-Regime zu äußern. In den folgenden Studentendemonstrationen kam es zu harten Polizeieinsätzen. Spontane Streiks mehrten sich. Am 13.5. wurde ein 24-stündiger Generalstreik massenhaft befolgt. Am Ende der 3. Maiwoche streikten 11 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte. In den besetzten Betrieben bildeten sich Fabrikkomitees. Überall entstanden lokale Aktionskomitees. Am weitesten ging die Bewegung im Département Loire, wo die Arbeiter, Bauern und Studentenräte die Verwaltung ausübten. Die Bewegung stand unter der Führung der moosau-orientierten KP und ihres Gewerkschaftsverbandes CGT. Die andere Arbeiterpartei, die SF, war so unbedeutend, daß sie den Geschicknissen keine andere Wendung geben konnte.

Dabei wünschten nicht nur die Arbeiter die Umwandlung der Gesellschaft. Auch entscheidende Teile der Mittelschichten und der intellektuellen beteiligten sich aktiv an den Kämpfen. Der bürgerliche Staatsapparat lag in der Luft. Sogar Staatspräsident de Gaulle hatte Frankreich verlassen; Armee und Polizei konnten nicht zuverlässig eingesetzt werden. Aber aufgrund der Haltung der Arbeiterführer war es keine Situation der Doppelherrschaft, sondern der doppelten Machtlosigkeit.

stand. Die französischen Jusos entwickelten sich auf der Suche nach einer sozialistischen Perspektive nach links.

### Reformen nicht dauerhaft in der Krise

Parteien- und Gewerkschaftsführung blockierte die revolutionäre Ausweitung der Kämpfe. Zur Beruhigung der Arbeiter setzten sie ein Reformprogramm durch mit Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden die Woche, große Lohnerhöhungen, Anerkennung von Betriebsräten etc., dem die Unternehmer am 7. Juli 1937 zustimmen mußten.

Zur Durchsetzung dieses Programms forderte Blum Verstaatlichung wichtiger Produktionsbereiche und der Banken. Er stieß auf den vorausehbarer Widerstand der Radikalsozialistischen Partei, aber auch der KP. Statt die Arbeiter zu mobilisieren, steckte er zurück. Die „Abwehrfront aller Franzosen“ gegen die Faschisten durfte nicht durch sozialistische Forderungen behindert werden. So blieb die Volksfrontregierung Blum gefangen im Netz des Kapitalismus. Sie ging bald zur Sparpolitik über.

Der Franc wurde abgewertet und damit die Rentner und Sparer getroffen. Rasche Inflation entwertete die

Löhne der Arbeiter. Klein- und Mittelbetriebe gerieten in Bedrängnis. Die Außenpolitik der Volksfront war genauso verhängnisvoll: Sie weigerte sich, den spanischen Bürgerkrieg zu unterstützen und verlor weitere Sympathie.

Eine erneute Finanzkrise nahm die Regierung im Juni 37 zum Anlaß, zurückzutreten. Eine neue Koalition unter einem „Radikalsozialisten“ wurde gebildet (Blum blieb Minister). Eine weitere spontane Protestwelle gegen das „Münchener Abkommen“ 1938 konnte der wiedererstarkten Staatsapparat niedermachen.

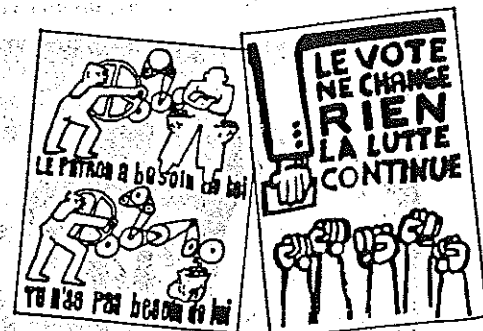
Ein Jahr lang gab es keine Streiks mehr, die Mitgliedschaft der Gewerkschaften ging auf 2 Millionen zurück. Die Koalition brach Ende 1938 endgültig zusammen, als die „Radikalsozialisten“ unter dem Druck der Wirtschaftskrise wichtige Reformen zurücknehmen wollten.

Ohne eine entschlossene Führung versickerte die Kampfbereitschaft der Arbeiter. Die revolutionären Energien wurden durch das Bremsen der Führung der Arbeiterorganisationen lahmgelegt. Nach der Zerstörung so großer Erwartungen fielen die Arbeiter in Passivität zurück, die aber nicht das Ende ihrer politischen Hoffnungen bedeutete.

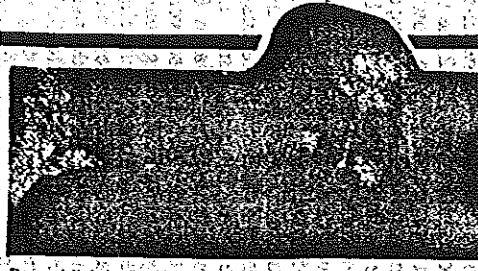
Die KP brachte die Bewegung wieder in bürgerliche Bahnen, indem sie mit einem (machtlosen) Parlament Verhandlungen über Reformen aufnahm. 40-Stunden-Woche und 35% Lohnerhöhung — von den Unternehmern in dieser Lage gerne zugestanden — sollten die Arbeiter einhalten, Neuwahlen die politische Veränderung bringen. Ohne eine klare sozialistische Führung — die KP rief zum Abbruch der Kämpfe auf — löste sich die Bewegung auf, die Besetzungen bröckelten ab, die Mittelschichten wandten sich ihren traditionellen Parteien zu. Am 30.5. kehrte De Gaulle nach Paris zurück. Die letzten Streiks

und Besetzungen konnten mit Hilfe von Polizei beendet werden. Und nun konnten die konservativen Kräfte darangehen, die Reformen aufzuweichen. In den folgenden Wahlen gaben die Arbeiter aus verlässlicher Erbitterung der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei weniger Stimmen, die gaullistische Regierung wurde mit Mehrheit bestätigt. 2 Monate nach dem 1. Mai war Ruhe eingekehrt. Eine Möglichkeit zur friedlichen Umwälzung des Kapitalismus war verpaßt.

Astrid Sauer, Köln  
Jugendsozialistin



„Die Stimme ändert nichts, der Kampf geht weiter“ — „Der Boss braucht dich, du brauchst ihn nicht“. Plakate Mai 68



Der sozialistische Präsident François Mitterrand

## Frankreich 1986

# Enttäuschte Arbeiter Reformismus ohne Reformen!

Mit Stimmverlusten von ca. 15% mußten die Arbeiterparteien bei den Parlamentswahlen in Frankreich am 16. März eine verheerende Wahlschlappe einstecken. Die Unternehmerparteien verfügen jetzt über eine hauchdünne Mehrheit und stellen mit Premierminister Chirac die neue Regierung. SP und KP verspielten die Mehrheit von 55%, die ihnen von der Arbeiterschaft und der Jugend 1981 in einem erdrutschartigen Wahlsieg gegeben wurde. Die Klassenkämpfe der letzten 50 Jahre haben in Frankreich bereits mehrfach zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft und zu einer Zuspitzung der Kämpfe geführt. Die Chance wurde auch 1936 sowie im Mai 1968 vertan.

Für jeden Sozialisten stellt sich jetzt die Frage, wie das passierte und warum Mitterrands Experiment gescheitert ist. 1981 verbanden auch viele Linke in der Bundesrepublik große Hoffnungen mit dem sogenannten „französischen Weg zum Sozialismus“.

Das Versagen von Mitterrands Politik ist eine Warnung an die internationale Arbeiterbewegung. In der BRD stehen im Januar 1987 Bundestagswahlen an. Eine künftige SPD-Regierung muß Konsequenzen aus der französischen Lehre ziehen, will sie nicht ebenfalls Schiffbruch erleiden.

1981 hatten die Arbeiterparteien nicht nur die absolute Mehrheit im Parlament und die Präsidentschaftsfunktion inne, sie hatten vor allem die Arbeiterklasse, die Jugend und sogar Teile der Mittelschichten für ein Programm der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft hinter sich.

In den ersten 12 Monaten erfüllte die Regierungskoalition von SP und KP zahlreiche Reformforderungen der Arbeiter. So wurden z.B. die in Frankreich gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne sowie die Renten und Sozialleistungen angehoben. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich gesenkt. Leider gab die Regierung das ursprüngliche Ziel, vier Zwischenschritte zur 35-Stundenwoche zu kommen, auf. Neben der Einführung einer fünften Urlaubswoche wurde das Rentenalter auf 60 Jahre herabgesetzt. In den Betrieben bekamen Arbeiter mehr Rechte.

Fast alle Banken und wichtige Teile der Industrie wurden verstaatlicht, wenn auch mit recht hohen Entscheidungszahlungen in Höhe von 43 MRD. Franc (14 MRD. DM).

Insgesamt kontrollierte der Staat 16% der Umsätze und ein Drittel der Investitionen der Industrie; mit der Nationalisierung der Banken auch noch 90% der Einlagen und 85% der vergebenen Kredite. Damit hatte Frankreich von allen westlichen Industrieländern den größten staatlichen Einfluß. Die Regierung feierte ihre Sozialisierungsmaßnahmen als „Schritt von revolutionärer Bedeutung“. Mitterrand erklärte ausdrücklich: „Unser Ziel ist es nicht, den Kapitalismus zu modernisieren, sondern ihn durch den Sozialismus zu ersetzen.“

Dennoch blieb die Regierung mit ihren Maßnahmen auf halbem Wege stehen. Trotz des relativ hohen Staatsanteils der Wirtschaft blieben entscheidende Sektoren in den Händen der Kapitalisten. Die hohen Entscheidungszahlungen im Zuge der Enteignungen belasteten den Staatshaushalt, führten zu einer deutlich erhöhten Staatsverschuldung und heizten so zusätzlich die Inflation an.

Die Regierung meinte, daß die Reformen der kapitalistischen Wirtschaft einen Anreiz geben. Die Unternehmer sollten wieder Vertrauen in die Wirtschaft bekommen und neu investieren. Doch die Zugeständnisse und Verbesserungen für die Arbeiter, die über den Weg der verstärkten Nachfrage zu wirtschaftlicher Belebung führen sollten, verstärkten genau das Mißtrauen des Kapitals, das durch die Reformmaßnahmen seine Profitinteressen bedroht sah.

Unglücklicherweise klammerte die SP/KP-Regierung die Frage aus: Wem gehört die Wirtschaft und wer kontrol-

liert sie? Damit ließen sie den Kapitalisten die Möglichkeit, die Regierungspolitik zu sabotieren und die Regierung zum Rückzug zu zwingen. Denn: Reformen setzen die Wirkungsgesetze des Kapitalismus nicht außer Kraft, solange die Schichtstellen wirtschaftlicher Macht noch in Privathand bleiben.

### Kapital bedroht Reformen

So wurden geplante Investitionen nicht durchgeführt. Statt dessen versuchte die Bourgeoisie, ihr Kapital sicher ins Ausland zu bringen. Spekulationen gegen den Franc führten zu mehreren Abwertungen. Infolge dieser Sabotage stieg die Arbeitslosigkeit stark an.

Das Reformprogramm sollte zudem in einer Zeit gelingen, in der praktisch alle Industrieländer in der Rezession steckten. Die Kapitalisten aller Länder waren sich einig: Die Arbeiterklasse sollte für den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft bezahlen. Die Interessen des internationalen Finanzkapitals verlangten drastische Sparmaßnahmen und nicht kostspielige Reformen und Nachfrage-Ankurbelung. Diesem Druck und der Sabotage des nationalen wie internationalen Kapitals hätte man nur entgegenzutreten können, wenn man diese Machenschaften des Kapitals offensiv offenbart und die Wähler und Anhänger der Arbeiterbewegung mobilisiert hätte. Nur so hätte man sich aus den Fängen des Kapitalismus befreien und eine umfassende Verstaatlichung aller Großbetriebe unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung sowie eine demokratisch geplante Wirtschaft durchsetzen können.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Regierung durchaus noch die Sympathie und Unterstützung ihrer Wähler. Aufrufe zur Mobilisierung, zur Wachsamkeit gegenüber Kapitalflucht, nötigenfalls zu Betriebsbesetzungen wären nicht auf taube Ohren gestoßen. Die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung (siehe auch nebenstehende Artikel) zeigt mehrere Situationen, in denen die Arbeiter auch ohne Aufruf von oben aktiv wurden.

Doch die SP/KP-Regierung scheute vor einer Konfrontation mit den Unternehmern zurück. So sanken die Führer der SP, aber auch der „Kommunistischen“ Partei unter dem Druck des Kapitals auf die Knie und nahmen Abschied von ihrem Programm.

### Reformprogramm

Im Juni 1982 beschließt die SP/KP-Regierung die Löhne und Gehälter auf unbegrenzte Zeit einzufrieren. Pre-

mierminister Pierre Maurois erklärt: „Das Vertrauen der privaten Wirtschaft muß wiederhergestellt werden.“

Die Arbeitslosigkeit steigt von 1,6 Millionen im Jahre 1981 auf fast 3 Millionen 1986. Die Hälfte von ihnen erhält keinerlei Unterstützungszulagen. Jeder dritte Jugendliche unter 21 Jahren ist ohne Arbeit. Im öffentlichen Dienst gibt es ein ABM-Programm für Jugendliche, die bei 20 Stunden Arbeit wöchentlich die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohnes dafür erhalten. Der Lebensstandard der Arbeiter sinkt. Von 1983 bis 1986 gibt es jährlich 1-2% Reallohnverlust.

Die wirtschaftliche Lage Frankreichs hat sich dadurch jedoch nicht entscheidend verbessert. In den letzten fünf Jahren ist der Franc um insgesamt 29% abgewertet worden. Die Staatsverschuldung liegt jetzt bei 1.100 Milliarden Franc (um das 1,5fache höher als 1981). Laurent Fabius, als Premierminister Nachfolger von Maurois, gibt offen zu: „Unsere Regierung hat die schmutzige Arbeit für die Rechten gemacht.“

Trotzdem sind die Kapitalisten damit nicht zufrieden. Sie wollen noch härtere Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung ausführen. Die Arbeiterklasse wehrt sich mehrfach gegen den Reformabbaukurs der Regierung. Doch diese scheute sich nicht, z.B. Streiks wie den bei der SKF-Firma durch brutalen Polizeieinsatz brechen zu lassen. Sogar in verstaatlichten Betrieben wurden zehntausende Arbeiter auf die Straße geworfen, z.B. Thomson, Pechiney, Renault u.a.

### Rolle der KP

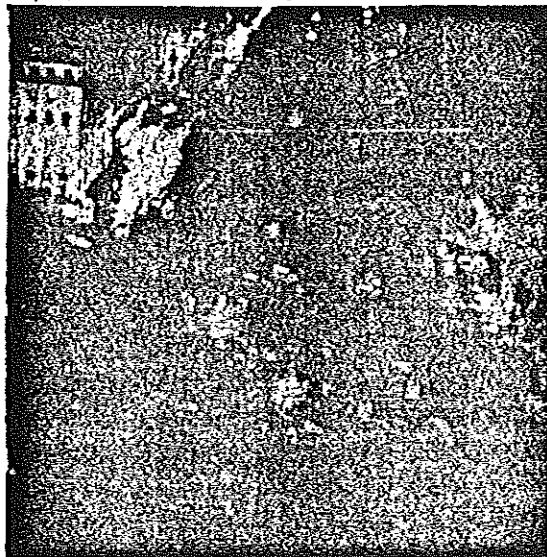
Die KP beteiligte sich 1981 mit vier Ministern an der Regierung unter Maurois. Sie unterstützte ebenfalls das letztlich reformistische Programm, ohne darauf hinzuweisen, daß durch die Mobilisierung der Massen der Widerstand des Kapitals gebrochen und die Großbetriebe enteignet werden müßten. Sogar den Übergang zur Sparpolitik nahm sie kritisch hin. Der KP-Verkehrsmittelminister half mit, in seinem Aufgabebereich Streiks zu brechen. Erst 1984 scheute die KP unter dem Druck ihrer Basis aus der Regierungskoalition aus. Doch statt eine ehrliche Bilanz der verfehlten KP-Politik zu ziehen und eine klare sozialistische Alternative zur Krisenverwaltungspolitik der SP-Regierung aufzuzeigen versuchte sie einfach, alle Schuld für die verhängnisvolle Politik der (vormals gemeinsamen) Regierung der SP anzulasten. Das war für viele KP-Anhänger völlig ungläubwürdig.

In mehreren Kommunal-, Nach- und bei den Europawahlen verpaßte die Bevölkerung der KP und SP einen Denkzettel für die Abkehr von sozialistischer Politik. Doch Mitterrand und Marchais nahmen das nicht ernst. So kamen die SP-Regierung und auch die Arbeiterparteien in die Lage, es weder den Arbeitern noch den Kapitalisten wirklich recht zu machen.

Teile der Mittelschichten, die bei den Wahlen 1981 ihre Hoffnungen noch vor allem auf die SP gesetzt hatten und zu dem Wahlsieg der Linken beitrugen, wandten sich enttäuscht von der Arbeiterbewegung ab. Kleine Handwerker, städtisches Kleinbürgertum und Bauern begannen, der rassistischen Hetze des Faschisten Le Pen zuzuhören. Seine Nationale Front profitierte von der Unzufriedenheit mit der halbherzigen, Politik der „sozialistischen“ Regierung.

Wenn auch die NF nicht zu einer richtigen Massenbewegung angewachsen ist, so sind doch die Wahlerfolge eine ernste Warnung für die Arbeiterbewegung. Verantwortlich für die Erfolge der Faschisten sind die Führungen von SP und KP!

Die bürgerlichen Oppositionsparteien RPR und UDF traten im Wahl-



Oben: Arbeiter feierten voller Hoffnung im Mai 1981 den Wahlsieg der Sozialisten. Unten: L'Avance socialiste — marxistische Zeitung in der SP. Bei der Redaktion VORAN erhältlich.

kampf für die Parlamentswahlen 1986 mit einer Plattform an, die nur als unverhüllte Kampfansage an die Arbeiter zu verstehen ist. So sollen alle Staatsbetriebe, auch z.B. die 1945 unter de Gaulle verstaatlichten Renault-Werke, reprivatisiert werden. Weiter wurde u.a. gefordert: Verlängerung der Wochenarbeitszeit; Sonntagsarbeit, Abschaffung der Zustimmungspflicht der Regierung bei Entlassungen, Kahlschlag im sozialen Netz, Ausbau des Sklavenarbeitsprogramms für Jugendliche auch im privaten Sektor, Einschränkung betrieblicher Rechte der Arbeiter und sofortige Entlassung von 20.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Jacques Chirac forderte sogar die Ausweisung aller arbeitslosen Ausländer und ihrer Familien.

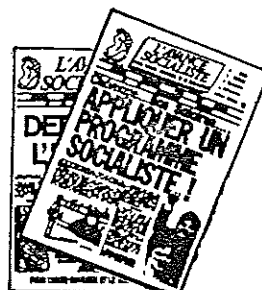
Doch die gemeinsame Wahlplattform täuscht übertriebene Stärke vor. Die gaullistische Bewegung RPR ist von internen Flüggekämpfen geschüttelt; und die Union der Französischen Demokratie UDF ist ein Bündnis von ca. 12 verschiedenen bürgerlichen Splittergruppen, wobei die an sich kleine Republikanische Partei noch die größte dieser Sektoren ist.

Die Nationale Front ist eine neue Abspaltung und selbst auch wieder Ursache erneuter Spaltungen im bürgerlichen Lager. Die bürgerliche Klasse und ihre Organisationen sind in allen entscheidenden Fragen völlig unteuernder zerstritten.

Im Vorfeld der Wahlen wurde die Frage der Zusammenarbeit mit den Le Pen-Faschisten diskutiert. RDP und UDF nahmen Abstand davon, aus Angst, die Arbeiter zu provozieren. Auch die Frage des Weges zur Durchsetzung des harten Sparprogramms ist strittig. Denn: Einerseits will das Kapital harte Maßnahmen gegen die Massen durchsetzen, andererseits besteht die Angst vor einem neuen Mai 68.

Die von de Gaulle durchgesetzte Verfassung der „V. Republik“ bietet dem Präsidenten erhebliche Machtbefugnisse. Zudem wird er nur alle 7 Jahre, das Parlament jedoch alle 5 Jahre gewählt. Die neue Rechtsregierung muß sich nun weiterhin mit Mitterrand in der Präsidentenfunktion auseinandersetzen. Diese Frage führt ebenfalls zu erbittertem Zank im bürgerlichen Lager. Hinzu gesellen sich noch konkurrierende persönliche Karriere-Appekte Giscard, Barres und Chirac.

Bei niedriger Wahlbeteiligung von nur 77% blieben viele enttäuschte SP-Wähler zu Hause. RPR und UDF be-



kamen eine knappe Mehrheit und sind auf unabhängige Rechte und die NF, die den Sprung ins Parlament schaffte, angewiesen. Die Glaubwürdigkeit der KP sank, wie an dem Wahlsresultat von unter 10% deutlich wurde. Die SP kam mit 32% auf etwa 5% mehr als erwartet.

Die Verhältnisse sind alles andere als stabil. Mit knappen, wechselnden Mehrheiten wird die bürgerliche Regierung es schwer haben, ihre Sparpolitik durchzusetzen. Daß es nicht einfach einen Rechtsruck gegeben hat, beweist die weitverbreitete Jugendkampagne gegen den Rassismus.

Französische Arbeiter und Jugendliche werden nun fragen, warum diese Niederlage nötig war, und eine ehrliche Bilanz der Politik ihrer Parteien fordern. In der moskau-orientierten KP wird jetzt sogar in einer Oppositionsplattform die Einberufung eines Sonderpartei tags und eine Debatte gefordert. Es heißt weiter: „Wir können es nicht mehr tatenlos hinnehmen, daß die Führung unserer Partei eine Praxis aufwingt, die unvermeidlich zu ihrem Untergang führt.“ Auch in der SP wird ein Gruppierungsprozeß einsetzen. Dabei werden marxistische Ideen und ein Programm des wirklichen Sozialismus zu einer entscheidenden Kraft werden.

Die französische Arbeiterklasse hat einen ersten Rückschlag, aber keine vernichtende Niederlage einstecken müssen. Es gilt jetzt, den Kampf gegen die Maßnahmen der neuen Rechtsregierung zu organisieren und die Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterbewegung in echte Kampfinstrumente zu verwandeln.

Leo Schiffer, Köln  
Jungsozialist